



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Schwerpunktthema:

Europa hat die Wahl

ab Seite 3

Medien

Die Digitalisierung krempelt das Berufsbild des Journalismus um. Dazu kommen die Herausforderungen durch social media und organisierte Desinformationskampagnen.

ab Seite 11

Tutzinger Diskurs

Mit dem Schwerpunkt „Big Data im Gesundheitswesen“ geht das diesjährige Diskursprojekt auf die Zielgerade. Am 10. Juli ist die Abschlussveranstaltung in München.

Seite 18

Verkannte Gestalter

Die Kommunen sind lautlos zu einer kreativen Ebene geworden, auf der digitale Infrastrukturen, Integrationslösungen, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen entwickelt werden.

Seite 22

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT EUROPA

- 3** Mehr Mut zu Mehrheitsbeschlüssen
- 4** „Europa nicht den Populisten überlassen“
- 5** Alle für einen oder jeder für sich?
- 8** Europas Grenzen – Grenzen in Europa

MEDIEN

- 11** Werkzeuge gegen Desinformation
- 13** Hypes, Tops und Flops
- 14** Digitaler Wandel verändert Journalismus
- 16** Ethische Orientierungssuche im Digitalen

DIGITALISIERUNG

- 18** Tutzing Diskurs vor dem Endspurt
- 20** Digitale Dörfer als Chance für den ländlichen Raum

KOMMUNALPOLITIK

- 22** Die verkannten Zukunftsgestalter

POLITISCHE BILDUNG

- 24** Politische Bildung im Zeitalter der Digitalen Transformation

AKADEMIE INTERN

- 3** Impressum
- 21** Personalverzeichnis
- 25** Nachmittag der offenen Türen mit Schäfflertanz
- 25** Aus dem Beirat
- 26** 40 Jahre Bundesrepublik – von Schülern gesehen
- 27** Medienspiegel
- 29** Neuerscheinung
- 30** Termine
- 32** Namen – Nachrichten



Nach dem erneuten Aufschub des Brexit zitierte die Süddeutsche Zeitung den Direktor der britischen Wirtschaftsorganisation „Institute of Directors“: Firmen wollten nicht noch mehr vom „Immergleichen“ sehen, sondern „sie wollen, dass Politiker einen Konsens finden“. Das regelmäßige Scheitern des Unterhauses führt uns die großen Unterschiede zwischen der britischen „Mehrheitsdemokratie“ und den Entscheidungsmechanismen im deutschen Regierungssystem vor Augen: Bei uns dominiert vor allem aufgrund unseres (personalisierten) Verhältniswahlrechts, das fast automatisch mit der Notwendigkeit zur Koalitionsbildung einhergeht, sowie unseres Föderalismus bei Entscheidungsfindungen nicht die Mehrheitsregel, sondern das Konsensprinzip. Manch einem war das zumindest bislang schon deshalb ein Dorn im Auge, weil das Konsensprinzip mühsame Verhandlungen erfordert. Koalitionsregierungen, diverse Bund-Länder-Gremien und nicht zuletzt der Bundesrat zwingen alle Beteiligten dazu, sich mit mehr zu befassen als dem, was der eigenen Organisation wichtig ist. Unser politisches System verlangt den politischen Akteuren aller Ebenen zusätzlich ab, sich auch mit der Position des Koalitionspartners oder des Gegenüber bei Verhandlungen im Bundesstaat auseinanderzusetzen – das ist eine von vielen Voraussetzungen, um Kompromisse zu schmieden. Diejenigen, die „durchregieren“ wollen und für die Umsetzung ihrer eigenen Maximalforderung eintreten, stört die Langwierigkeit der damit verbundenen Verhandlungen. Andere schätzen das Konsensprinzip gerade deshalb: Sie wissen, dass es in jeder pluralistischen Gesellschaft unterschiedliche Interessen gibt und es friedlicher zugeht, wenn Interessen nicht majorisiert, sondern durch Kompromisse ausgeglichen werden.

Die Entscheidungsnot des britischen Unterhauses zeigen, dass es den Briten mit ihrem jahrhundertlang eingeübten Muster der Mehrheitsdemokratie offensichtlich schwer fällt, verhandlungsorientiert vorzugehen. Ihnen fehlt schlicht die Übung bei der Suche nach tragfähigen Kompromissen und einvernehmlichen Lösungen. Mit dem politischen Kontrahenten muss man als britischer Regierungschef nämlich nur in Krisenzeiten verhandeln. Ob und welche Schlussfolgerungen die Briten aus diesem Umstand ziehen, wird sich weisen. Wir haben auf jeden Fall Anlass, die Vorzüge unseres auf Verhandlungen und Konsens angelegten politischen Systems hoch zu schätzen – nicht nur im 70. Jubiläumsjahr unseres Grundgesetzes.

Die Entscheidungsnot des britischen Unterhauses zeigen, dass es den Briten mit ihrem jahrhundertlang eingeübten Muster der Mehrheitsdemokratie offensichtlich schwer fällt, verhandlungsorientiert vorzugehen. Ihnen fehlt schlicht die Übung bei der Suche nach tragfähigen Kompromissen und einvernehmlichen Lösungen. Mit dem politischen Kontrahenten muss man als britischer Regierungschef nämlich nur in Krisenzeiten verhandeln. Ob und welche Schlussfolgerungen die Briten aus diesem Umstand ziehen, wird sich weisen. Wir haben auf jeden Fall Anlass, die Vorzüge unseres auf Verhandlungen und Konsens angelegten politischen Systems hoch zu schätzen – nicht nur im 70. Jubiläumsjahr unseres Grundgesetzes.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Mehr Mut zu Mehrheitsbeschlüssen

Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sprach beim Jahresempfang* über die Herausforderungen für Deutschland und Europa angesichts der internationalen Entwicklungen.

ALS HAMBURGER BÜRGERMEISTER habe er sich oft geärgert, wenn die EU das Regieren in der Stadt kompliziert gemacht habe. „Natürlich redet uns die EU rein. Darüber muss man in einem guten föderalen Gebilde immer wieder diskutieren“, sagte Scholz. Aber die größeren Probleme – auch die größere Unzufriedenheit der Bevölkerung – sieht er vor allem dort, „wo die EU nicht handelt“. So auf dem Feld der Flüchtlings- und Asylpolitik.

Mit Mehrheitsbeschlüssen will er die EU handlungs- und entscheidungsfähiger machen. Dieses Prinzip möchte er im Rat der Außen- und der Finanzminister erproben. Später könnten weitere Bereiche folgen. „Wir müssen nicht alles auf einmal machen.“ Mehrheitsbeschlüsse könnten Fortschritte bei der einheitlichen Bemessung der Mehrwert- und der Körperschaftssteuer bringen. Wenn die gleichen Regeln für alle gelten, müsse kein Land befürchten, dass der Nachbar mit lascheren Regelungen Unternehmen anlocke, so Scholz.

Dass die EU zusammenhält, werde in Zukunft noch wichtiger. Mit Blick auf die Rolle Europas in der Welt sagte Scholz, dass die relative Bedeutung Europas in der Welt geringer werden wird. Vielen mache diese Vorstellung Angst. In einer sich stark wandelnden Welt müssen sich die Bürger sicher sein, dass der Wandel auch für sie positive Folgen hat. „In Asien wächst die Mittelschicht, bei uns passiert das Gegen-



Bundesfinanzminister Olaf Scholz: „Deutschland darf in Europa nicht als Oberlehrer auftreten.“

© Roeder (Giesecke+Devrient GmbH)

teil“. Die Folge sei „schlechte Stimmung“. Allein die Entwicklung des Binnenmarktes werde nicht reichen, Europas Rolle in der Welt zu unterstützen. Die Politik des amerikanischen Präsidenten, der Brexit und das Verhältnis zu Russland könnten Katalysatoren dafür sein, „etwas gemeinsam aufzubauen, was so vorher nicht existiert hat.“

Besondere Verantwortung

Scholz sieht Deutschland in einer besonderen Verantwortung. Nach einem Brexit würde sich die Balance in der EU verschieben. Mit der größten Volkswirtschaft und den meisten Menschen stünde Deutschland „mittendrin“ in Europa. Angesichts dieser Situation bestehe eine Verantwortung, „nicht als Oberlehrer aufzutreten“. Deutschland müsse den Konsens in Europa fördern – und sich nicht auf die eigenen Interessen beschränken. „Eine starke, einige und souveräne Europäische Union ist das wichtigste Interesse für Deutschland“, so der Bundesfinanzminister.

Gero Kellermann
Beate Winterer

* Der Jahresempfang mit Bundesfinanzminister Scholz war eine Zusammenarbeit mit der Europa-Union München, der Griechischen Akademie, der Europäischen Akademie Bayern, den Jungen Europäischen Federalisten München und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung. Für die Gastfreundschaft bedanken wir uns herzlich bei der Giesecke+Devrient GmbH.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

„Europa nicht den Populisten überlassen“

Die Themenpalette von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier war weit gefächert: Der drohende Brexit, die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die technologischen Herausforderungen der Zukunft und die Rolle Europas zwischen den USA und China.*

ANGESICHTS immer kürzer werdender Innovationszyklen und technologischer Errungenschaften verlangten die Menschen zu Recht Antworten von der Politik, sagte Altmaier. So käme Künstliche Intelligenz mittlerweile überall zum Einsatz – vor zehn Jahren sei das Thema von der Politik überhaupt noch nicht diskutiert worden. Diese technologischen Veränderungen hätten häufig einen disruptiven Charakter. Das gelte nicht nur für alte Geschäftsmodelle, sondern habe auch einen geografischen Aspekt: „Neue Arbeitsplätze entstehen nicht unbedingt dort, wo alte wegfallen.“ Deutschland dürfe den Anspruch auf Platz 1 oder 2 in der ökonomischen Weltrangliste nicht aufgeben. Denn: „Einen dritten Platz gibt es nicht.“

Batterieproduktion verschlafen

Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die Automobilindustrie, befinde sich in einer gewaltigen Umbruchphase. Arbeitsplatzverluste seien bereits von Ford und VW angekündigt. „Was wird den Verbrennungsmotor ablösen?“ fragte der Bundeswirtschaftsminister. Alternativen wie Strom, Gas oder Wasserstoff würden seit langem diskutiert, aber immer noch gebe es keine zuverlässigen Antworten. Unsere Industrie habe die Batterieproduktion verschlafen, dagegen gehe China auf diesem Feld mit großen Schritten voran. Altmaier begrüßte die angekündigte Kooperation zwischen Daimler und BMW bei der Entwicklung des autonomen Fahrens.

In den USA verfügten die großen Internetkonzerne über Unmengen von Daten und Kapital. „Wir haben zwar gute Forscher, aber keine globalen Player, die deren Ergebnisse in Produkte umsetzen“, bedauerte der Minister. „Wir dürfen das Internet der Dinge nicht den US-Konzernen überlassen.“

Altmaier befürwortete mehr europäische Verantwortung für die eigene Sicherheit innerhalb einer neuen Weltordnung: „Wir müssen akzeptieren, dass die USA nicht mehr der Weltpolizist sein wollen. Deutschland ist bereit, etwas zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik beizutragen.“ Die neuesten Vorschläge des französischen Staatspräsidenten zur Reform der EU sollten ernsthaft geprüft und diskutiert werden. Die gemeinsame Verantwortung für die Führung innerhalb der EU liege bei Frankreich und Deutschland. Gerade angesichts des bevorstehenden Brexit sei dies umso wichtiger und unverzichtbar.

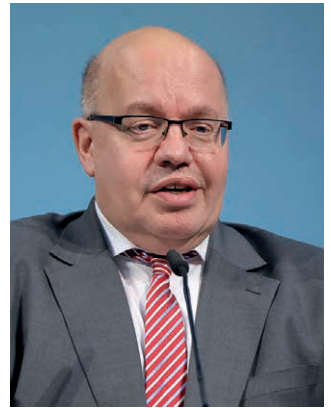
Deutschland müsse Großbritannien helfen, aus einer schwierigen Lage wieder rauszukommen: „Wir können aber nichts vorschreiben.“ Wichtig sei es, Kurs zu halten und eine Balance zwischen Solidarität und einzufordernden Verpflichtungen zu wahren. Das habe auch im Fall Griechenlands funktioniert.

Humanität und Kontrolle

Die europäische Flüchtlingspolitik müsse auch weiterhin von Humanität gekennzeichnet sein, gleichzeitig müsse aber auch die Kontrolle über Einreisen gewahrt werden: „Ein europäisches Ein- und Ausreiseregister gibt es bis heute nicht.“ Gemeinsame Antworten seien immer besser als nationale Alleingänge.

Altmaier bekräftigte seine Haltung zu internationalen Firmenkooperationen: „Wir brauchen sie, um gegenüber den Chinesen wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne vergleichbare Bedingungen für alle kommen die Chinesen irgendwann nach Europa und besetzen die Märkte.“

Bei aller berechtigten Kritik an der europäischen Politik betonte er: „Wir haben der EU fast 70 Jahre Frieden und Wohlstand zu verdanken. Wir dürfen nicht zulassen, dass Populisten dieses großartige Werk zerstören.“



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Gemeinsame europäische Antworten sind immer besser als nationale Alleingänge.“

© Schmid

Michael Schröder

* Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Europa-Union München, der Griechischen Akademie, der Europäischen Akademie, den Jungen Europäischen Föderalisten sowie der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung. Wir bedanken uns bei der Firma Giesecke und Devrient für die Gastfreundschaft.

Alle für einen oder jeder für sich?

Europa und die EU als Solidargemeinschaft – davon handeln politische Sonntagsreden ebenso wie Abhandlungen zur europäischen Einigungsgeschichte. Tatsächlich gilt das Solidaritätsprinzip seit Anbeginn des europäischen Integrationsprojektes als einer seiner zentralen Eckpfeiler.

DOCH TROTZ ihrer prominenten Stellung im EU-Recht scheint die europäische Solidargemeinschaft vor allem eine vage Idee zu sein. Nicht zuletzt in der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie in der Migrations- und Schengenkrisen wurde der oft und gerne deklarierte Solidaritätsgedanke auf die Probe gestellt. Mehr noch: „Solidarität“ ist mitunter zu einer Art Kampfbegriff stilisiert worden, der mehr polarisiert als Gemeinsamkeiten herausstellt. Es sind Solidaritätsbrüche ersichtlich geworden, die einer nachhaltigen Lösung der Krisen scheinbar entgegenstehen – zwischen Nord und Süd (Stichwort „Eurokrise“) wie zwischen Ost und West (Stichwort „Flüchtlingskrise“). Wie ist es um die grenzüberschreitende Solidarität in Europa tatsächlich bestellt? Ist Solidarität jenseits nationalstaatlicher Kontexte überhaupt denkbar? Wie viel Solidarität kann ein Mitgliedsstaat von der Gemeinschaft erwarten? Und wieviel an Solidarität muss er bieten?



Vor dem Europa-Parlament in
Strasbourg
© Schröder (APB)

Prominente Stellung

Für 18 Prozent der Unionsbürger ist Solidarität der Wert, der die Europäische Union am besten repräsentiert. Davor liegen in den aktuellen Eurobarometer-Umfragen Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch was wird unter der Solidarität überhaupt verstanden? Einerseits spricht sie das Gefühl der Gemeinsamkeit und Übereinstimmung an, andererseits kennzeichnet sie Handlungen des Einstehens füreinander. In ihrer ersten Dimension wird Solidarität insofern durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Union begründet, die auf allge-



© MESTER

mein verbindlichen Verträgen und Europarecht basiert, und durch die Akzentuierung gemeinsamer Werte gespeist. So hält etwa die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in ihrer Präambel prominent fest: „Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden. In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“

Doch Solidarität wird nicht alleine empfunden, sondern sie muss auch geleistet werden. Sie bemisst sich daran, inwieweit einzelne Mitgliedsstaaten bereit sind, füreinander einzustehen.

Gemeinschaftsgefühl und Konkurrenz

Jürgen Mittag (Deutsche Sporthochschule Köln) argumentiert, dass es sich bei der europäischen Solidarität allerdings nicht um ein wohlütiges, karitatives Prinzip handelt bzw. handeln kann, sondern dass sie durchaus als interessenorientiert – im Sinne einer Investition – zu verstehen ist. Sie sei daher weniger eine singuläre, fixe Maxime, denn vielmehr ein pluralistisches, bewegliches Prinzip, das stets neu ausgehandelt und austariert werden müsse. Dabei gelte: Je kleiner und einheitlicher die Gemeinschaft und je konsonanter die Interessen und Ziele, umso höher die Solidaritätsneigung – und umgekehrt. Insofern stelle die europäische Solidarität eine permanente Dialektik von Gemeinschaftsgefühl und Konkurrenz dar.

Fehlende Politisierung

Die Herausforderungen für eine europäische Solidargemeinschaft jenseits des Nationalstaates gründen für Hauke Brunkhorst von der Europa-Universität

Flensburg nicht allein in der Einigungsgeschichte mit ihren stetigen Erweiterungsrounds und damit ansteigender Vielfalt und Heterogenität. Vielmehr werde sie durch die fehlende Politisierung der europäischen Gouvernance und durch das neoliberale Wirtschaftsmodell auf die Probe gestellt:

- Indem die EU vorrangig eine technisch-neutrale Politik betreibe, also ohne einen offenen politischen Wettbewerb um die besten Lösungen, verschließe sie sich tendenziell dem öffentlichen Diskurs. Dieser wäre aber für die Vergewisserung der Solidarität und für die Austarierung ihrer Eckpunkte wesentlich.
- Durch das Überwiegen neoliberaler Momente in Europas Wirtschafts- und Währungspolitik bleibe zudem die soziale Komponente der EU-Politiken unter der Aufmerksamkeitschwelle der Unionsbürger und dadurch werde die solidarische Dimension der Integration ignoriert bzw. verkannt.

Konkurrierende Solidaritätsmodelle

Hans-Jürgen Bieling von der Universität Tübingen sieht aktuell in Europa zwei divergierende Solidaritätsmodelle miteinander in Konkurrenz.

- Da ist zunächst das „Projekt eines (neo-)liberalen, kosmopolitischen Europa“, in dem Akademiker, die sog. Frequent Flyers und Manager über nationale Grenzen hinweg für Freihandel, Multikulturalismus und eine stärkere europäische Integration eintreten.
- Dann ist da noch das „Projekt des populistischen Nationalismus“, das gegen das erste Ziel ankämpft, indem EU-Skeptiker europaweit die soziale mit der nationalen Frage verbinden.



Hans-Jürgen Bieling: „Eine stärkere europäische Integration könnte durchaus auch die nationalen Spielräume erweitern.“

© Winterer (APB)

Wenn Europa nachhaltig zu einer Solidargemeinschaft werden sollte, müssten beide Ziele miteinander in Einklang gebracht werden, so Bieling: „Eine stärkere europäische Integration könnte durchaus auch die nationalen Spielräume erweitern. Etwa wenn die einzelnen Staaten durch eine europäische Digitalsteuer mehr Geld einnehmen.“

Denn die gemeinsame Besteuerung würde einerseits die Einheitlichkeit der Gemeinschaft unterstreichen und andererseits

würden die Mehreinnahmen – bei einer entsprechenden Verteilung – das nationale Gestaltungspotenzial erweitern.

Geste oder Kitt?

Dass durchaus unterschiedliche Solidaritätsauffassungen den politischen Diskurs in Europa prägen, verdeutlichte der deutsch-ungarische Musikproduzent und überzeugte Europäer Leslie Mandoki. Er wies darauf hin, dass solidarisches Handeln an Voraussetzungen gebunden ist: Vertragstreue, Rechtsverbindlichkeit und ein respektvoller Umgang miteinander. Denn ohne diese Basis drohe Solidarität eher zu einer inhaltsleeren Geste beziehungsweise zu einem Kampfbegriff zu verkommen, als dass sie als gesellschaftlicher Kitt diene. So sei es vielmehr nötig, sich bei politischen Differenzen zuerst argumentativ auseinanderzusetzen, als politische Gefolgschaft durch den pauschalen Verweis auf unsolidarisches Verhalten einzufordern. Letzteres führe eher dazu, dass die Gemeinschaft infrage gestellt wird. Eine wahre und belastbare Solidarität baue hingegen auf einer permanenten demokratischen Auseinandersetzung – im Wissen darum, dass es um das gemeinsame Ganze gehe.

Solidarität ist Alltag

Gleichwohl gehört praktizierte Solidarität zum EU-Alltag. Dies zeigt sich vorrangig am gemeinsamen Haushalt der EU. Diese europäischen Umverteilungen befeuern zwar regelmäßig Debatten über Zahler- und Empfängerländer. Doch werden sie, einmal beschlossen, insgesamt als legitim anerkannt. Allein das ist Ausweis einer robusten europäischen Solidarität.

Auch in der Abgrenzung nach außen verhalten sich die Staaten erkennbar solidarisch. „Das haben beispielsweise jüngst die Brexit-Verhandlungen gezeigt, in denen große Einigkeit innerhalb der Union herrschte. Und es zeigt sich im Außenhandel: Die EU-Kommission vertritt hier effektiv und vernehmbar alle ihre Mitglieder in der Welthandelsorganisation“, so Jürgen Mittag.

„Variable Solidarität“

Ebenso gründet die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf einem grenzüberschreitenden Solidaritätskonzept, wie Gisela Müller-Brandeck-Bocquet von der Universität Würzburg unterstrich. Zwar erscheine auf diesem Politikfeld eine europäische Solidarität als Ziel noch in der Ferne, doch werde die politische Praxis zunehmend von einer „variablen Solidarität“ geprägt: Wie im Fall der PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) treiben „Koalitionen der Willigen“ häufig außen- und sicherheitspolitische Projekte voran, für die sich keine Einstimmigkeit innerhalb der

gesamten Union herstellen ließ. Die verhältnismäßig hohe Zahl gemeinsamer Stellungnahmen, zivil-militärischer Missionen oder auch Sanktionen sei hier ein Zeichen dafür, dass „die EU einmal mehr viel besser ist als ihr Ruf“.; Soweit aber, dass Frankreich (und noch Großbritannien) ihre Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zugunsten eines EU-Sitzes aufgeben, gehe die Solidarität jedoch nicht.

Europäische Solidarität zeichnet sich aber auch und tagtäglich in der Funktionsweise der EU-Institutionen ab – und dort vor allem im Europäischen Parlament. Denn parlamentarische Beschlüsse und Entscheidungen werden immer weniger aus einer rein nationalen Perspektive getroffen, als vielmehr grenzüberschreitend nach sachpolitischen Kriterien herbeigeführt: „Mehr als 200 nationale Parteien schaffen es, sich in sieben bzw. acht Fraktionen zu vereinen und kohärent europäische Politiken mitzugestalten“, erklärt Jürgen Mittag.

Auch Jürgen Neyer von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder hält das Europäische Parlament gerade in Zeiten der digitalen Transformation für den wesentlichen Kristallisationspunkt von Solidarität in Europa.

Bedrohung Digitalisierung

Denn die Digitalisierung stellt die tradierten Solidaritätsmechanismen infrage: Sie verursacht erstens immense soziale Kosten, weil die „Logik des Teilens“ hinter die Logik des Tauschens zurücktritt; zweitens wird die Digitalisierung allgemein als „Aufstieg der anderen“ verstanden und weckt damit mehr Argwohn als Gemeinschaftsgefühl; drittens erodiert sie insgesamt die persönlichen Beziehungen zwischen Bürgern; und viertens führt sie zu Kontroll- und Umverteilungsverlusten des Staates, indem sie den nationalen Regierungen zunehmend die Möglichkeit zum Handeln und Steuern nimmt.


Neyer ist überzeugt: „Solidarität ist ohne analoge Kommunikation nicht möglich.“ Und hier wird das Europäische Parlament wichtig. Denn die erforderliche analoge Kommunikation ist ohne Parlament nicht denkbar: „Die parlamentarische Bühne in Brüssel und Straßburg ist die höchste Form der Annäherung an analoge Kommunikation in der digitalen Gesellschaft: Solidarität in Europa ist daher künftig ohne eine stetige Aufwertung des Europäischen Parlaments kaum denkbar“, sagte Neyer.

Den Kern von Solidarität stellt im Wohlfahrtsstaat traditionell die Sozialpolitik dar. Denn diese sei die „institutionalisierte Form von Solidarität unter Fremden“, so Stefanie Börner von der Universität Magdeburg. Auch eine europäische Solidarität könne mithilfe von Sozialpolitik konstruiert werden.

In Ansätzen zeichne sich dieser Mechanismus auf europäischer Ebene bereits ab: So weisen Regulierungen bei Arbeitsschutz und Gleichstellung, regionalisierte Umverteilungspolitik in Form der Kohäsionsfonds oder des Europäischen Sozialfonds oder auch transnationale soziale Rechte erkennbare Solidaritätseffekte auf. Nur: Diese Effekte verspüren vorrangig nur die wenigen mobilen EU-Bürger mit grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitswelten. Börner sprach sich dafür aus, die künftige Europäische Sozialpolitik nicht mehr „als Sozialpolitik der Wenigen“ zu konzipieren, sondern sie vielmehr als normatives Projekt zu begreifen, dass die Grundlage für eine umfassende soziale Staatsbürgerschaft schaffen würde.



Stefanie Börner: „Sozialpolitik kann europäische Solidarität konstruieren.“

Insgesamt gilt für die europäische Solidarität das gleiche, wie für die demokratische Governance in Europa: Die EU ist ein Mehrebenensystem, in dem sich die europäische, die nationale und die regionale Ebene ergänzen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass die supranationale Ebene nie das gleiche Niveau an Solidarität stiften kann wie der über Jahrhunderte gewachsene Nationalstaat. Doch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung kann sie dessen Solidaritätseinbußen kompensieren. Ansätze hierzu sind in Europa erkennbar – und sollten entsprechend verfolgt werden. 

Andreas Kalina
Beate Winterer



Im Februar 2015 demonstriert Die Linke vor dem Bundesfinanzministerium für Solidarität mit Griechenland.

© Uwe Hiksich/CC BY-NC-SA 2.0

Europas Grenzen – Grenzen in Europa

Über die Grenzen Europas ebenso wie über Grenzen in Europa wurde in den letzten Jahren heftig debattiert und gestritten. Neben der Frage nach Grenzsicherung geht es auch um die Chancen und Grenzen der Flüchtlingspolitik im nationalen und europäischen Rahmen.

KOMMT DIE EUROPÄISCHE UNION bei der Diskussion über die Flüchtlingsfrage an ihre Grenzen oder gibt es Perspektiven für eine Einigung? Stößt hier die so oft deklarierte grenzüberschreitende Solidarität an ihre Grenzen? Ist ein gemeinsamer Schutz der EU-Außengrenzen nötig, um Migration sinnvoll zu regeln? Wie ist das europäische Grenzregime menschenrechtlich zu beurteilen? Welche Grenzen errichten wir als Bürger in der Debatte über diese Themen? Diesen und weiteren Fragen widmete sich unsere gemeinsame Tagung mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München.

Flucht als politischer Sprengsatz

Laut UNO-Flüchtlingshilfe waren 2017 weltweit rund 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Nicht einmal ein Prozent von ihnen stellte im selben Jahr einen Asylantrag in der EU. Dennoch wurde und wird kaum ein Thema lauter und heftiger diskutiert als Flucht und Migration. „Die Menschen in Deutschland überschätzen den Anteil der Geflüchteten an der Bevölkerung extrem“, sagte Sabine Lindau von der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München. Die einen fordern mehr europäische Solidarität, die anderen mehr nationale Eigenständigkeit. Weitgehend einig sind sich die meisten nur darin, möglichst wenig Migranten nach Europa zu lassen – so wie in den anderen Mitgliedsstaaten der Union. Dazu kommen noch Unstimmigkeiten und Konflikte zwischen den europäischen Staaten. Dennoch scheint allen Beteiligten in Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft klar zu sein, dass sich die Herausforderungen durch Flucht allein durch einen grenzüberschreitenden Ansatz nachhaltig bewältigen lassen. Aber wie soll dieser aussehen?

Die Flüchtlingspolitik in den EU-Mitgliedsstaaten lässt sich nach Petra Bendel von der Universität Erlangen-Nürnberg in vier Gruppen einordnen:



Geflüchtete werden im Mittelmeer vom deutschen Rettungsschiff Sea Watch 2 im Oktober 2016 aufgenommen.

© Brainbitch/ Flickr / CC BY-NC 2.0

1. Grenzsicherung, extraterritoriale Asylverfahren, Inhaftierung. Zudieser Gruppe gehören mit Griechenland, Zypern, Malta und (bedingt) Spanien einige Staaten an den Außengrenzen der EU, deren Hauptinteresse darin besteht, auf mehr geteilte Verantwortung in der EU zu drängen.
2. Begrenzung nach außen, gewisse europäische Solidarität, Integration nach innen. Diese Gruppierung bilden mit Frankreich, Luxemburg, Portugal sowie neuerdings mit Finnland, Schweden und Deutschland Staaten, die eine koordinierte Migrationspolitik, eine aktive Rückkehrpolitik sowie eine ebenso aktive Integrationspolitik anstreben.
3. Verschärfung der Flüchtlings- und der Integrationspolitik, Aufkündigung europäischer Solidarität. Neben Österreich zählen zu dieser Gruppe heute Dänemark, Belgien oder auch die Niederlande mit ihrer „Bett, Bad und Brot“-Unterbringungspolitik. Diese Staaten haben die europäische Solidarität und Verantwortungsteilung aufgekündigt. Sie setzen vermehrt auf Grenzsicherung und schränken auch die Integration von Flüchtlingen ein.



Petra Bendel: „Die EU-Mitglieder müssen sich auf die Solidarität als zentralen Pfeiler der europäischen Integration besinnen.“

© Winterer (APB)

4. Null Einwanderung, Null Integration, Null Solidarität. Neben Italien bilden diese Gruppe jene Staaten, die sich an oder in der Nähe der östlichen Außengrenzen befinden: Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei. Sie wenden sich gegen gemeinsame EU-Lösungen und verweigern die Aufnahme von Geflüchteten. Die Tendenz geht zu schärferer Grenzkontrolle oder -schließung. Integrationspolitik wird allenfalls gegenüber bestimmten Zuwanderergruppen betrieben (z.B. aus der Ukraine), ansonsten abgelehnt.

Festung Europa

Bendel beobachtet, dass sich die europäische Flüchtlingspolitik entlang nationaler Gruppeninteressen spaltet und die Grundsätze der Solidarität und geteilten Verantwortung verlässt. Der politische Wille zur Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten in Europa sei immer weniger erkennbar. Vielmehr würden Grenzregime aufgewertet, Datenbanken zur Migrationskontrolle aufgebaut und die EU zunehmend zu einer Festung ausgebaut, so Raphael Bossong von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Asyl-Regeln würden verschärft und integrationspolitische Maßnahmen zurückgefahren. Die europäische Politik verwässere ihre eigenen menschenrechtlichen Standards.

Eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik fand aber nicht erst mit der Beteiligung rechtspopulistischer Parteien an Regierungen statt. Laut Oliviero Angeli (TU Dresden) hätten in einigen Mitgliedsstaaten bereits die Vorgängerregierungen aus Angst vor den Populisten restriktivere Gesetze verabschiedet.

Sprachliche Verrohung

Das Erstarken populistischer und national-konservativer Kräfte hat dazu beigetragen, dass in der Öffentlichkeit Vorbehalte gegen Geflüchtete gewachsen sind. Mit dem Verweis auf eine vermeintlich vorherrschende Political Correctness und durch bewusste sprachliche Tabubrüche hätten es Rechtspopulisten geschafft, die Grenze des Sagbaren immer weiter zu verschieben, so Thomas Nier von der RWTH Aachen. Das habe Konsequenzen für das öffentliche Meinungsbild: „Sprache schafft Realität“.

Christopher Hein, Gründungsdirektor des italienischen Flüchtlingsrats, resümiert plakativ: „Asyl in Europa ist mittlerweile erfolgreich abgeschafft. Als bester Grenzschutz wird derjenige gesehen, der keine schutzbedürftigen Menschen an die Grenze lässt.“ Es gebe eine Erosion des Flüchtlingsschutzes. Denn Geflüchtete würden zunehmend an der Grenze bzw. bereits in Drittstaaten abgewiesen. Sie befinden sich dann oft in der Obhut von autoritären Machthabern.

Mit denen habe die EU Abkommen geschlossen, die den eigenen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Idealen entgegenstehen, sagte Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Tragödien im Mittelmeer

Ein weiteres düsteres Kapitel ist die Situation im Mittelmeer. Diese werde dadurch verschlimmert, dass die EU mit der Beendigung ihres Marineeinsatzes vor der libyschen Küste nicht mehr an der Rettung von Flüchtlingen beteiligt ist. Seit 2015 hatte sie im Rahmen der Operation Sophia fast 730.000 Menschen geholfen. Die Tragödien schilderte Michael Buschheuer. Er hat den Verein Sea-Eye ins Leben gerufen, der mit zwei ehemaligen Fischkuttern bisher 14.000 Geflüchtete aus dem Mittelmeer retten konnte. Sea Eye ist die einzige Organisation, die gezielt nach Flüchtlingen in Seenot sucht. Dabei ist für Buschheuer unerheblich, ob es sich bei der lebensbedrohlichen Überfahrt um eine „bewusst herbeigeführte Gefährdungssituation“ handelt. Ihm geht es darum, gesellschaftliches Bewusstsein für das Massensterben vor Europas Tür zu wecken.



Michael Buschheuer und Marei Pelzer werfen der EU vor, bei der Flüchtlingspolitik ihre Werte zur Disposition zu stellen.

Marei Pelzer von der Hochschule wirft der EU vor, auch völkerrechtliche Normen zu missachten. Die Genfer Flüchtlingskonvention gelte bereits an der Grenze. Geflüchtete dürften nicht zurückgewiesen werden. Es handele sich um eine Menschenrechts- und Rechtsstaatskrise. Die EU stelle ihre wesentlichen Werte zur Disposition.

Legale Zugangswege

Eine Lösung sehen Christopher Hein und Stephan Dünnwald in der Schaffung humanitärer Korridore in die EU. Um schutzsuchende Menschen daran zu hindern, sich in ihrer Verzweiflung autoritären Machthabern und Schleppern auszuliefern und die gefährliche Flucht über das Mittelmeer auf sich zu nehmen, sollte die Möglichkeit bestehen, auch in Drittstaaten Asylanträge in der EU zu stellen – etwa in den dip-

lomatischen Vertretungen der Mitgliedsländer. Wenn Asylanspruch bestehe, könnten sie dann legal einreisen. Selbst die rechtspopulistische italienische Regierung könne für eine solche Praxis gewonnen werden, ist Hein überzeugt. Und Dünnwald fügt hinzu: „Bundesinnenminister Seehofer hat eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr durchgesetzt. Wieso schöpfen wir diese Zahl bei den aktuell sinkenden Asylzahlen nicht aus?“

Kommunen als künftige Player?

Petra Bendel sieht Möglichkeiten, dass engagierte Kommunen nicht nur Integrationspolitik betreiben, sondern auch Migrationssteuerung. Denn auch in migrationskritischen Staaten seien viele Städte und Gemeinden bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als sie müssten – etwa um freie Arbeitsplätze zu besetzen oder eine Überalterung der Bevölkerung zu verhindern. Die „Aktion Seebrücke“ zähle bereits 36 deutsche Städte, die sich als „sichere Häfen“ verstehen, um geretteten Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Europaweit vernetzen sich diese Kommunen miteinander als „Solidarity Cities“. Das sei zwar keine Alternative zu nationaler und europäischer Flüchtlingspolitik, aber eine effektive Ergänzung.

Die EU-Kommission setze darauf, den Migrationsdruck durch Investitionen in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge zu senken, sagte Joachim E. Menze, der Leiter ihrer Vertretung in München. Dass diese Strategie nur bedingt erfolgreich sein kann, glaubt David Kipp von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Studien hätten gezeigt, dass Entwicklungshilfe in Staaten mit niedrigen Einkommen die Wanderung sogar verstärke, bei mittleren Einkommen sei kein Effekt beob-

achtbar. „Das könnte daran liegen, dass Menschen in sehr armen Ländern die Mittel fehlen, um sich überhaupt auf den Weg zu machen.“

Nationalstaaten bremsen

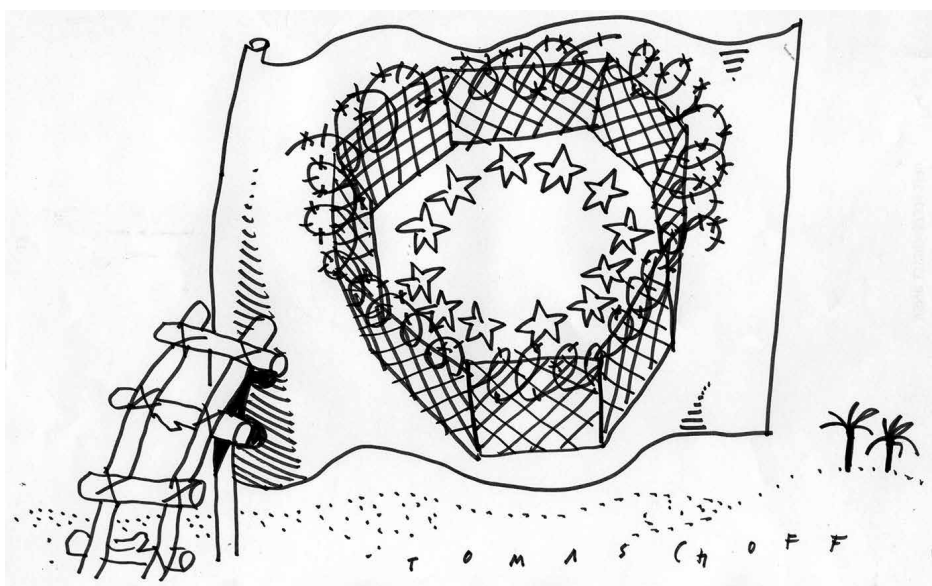


Marcus Engler: „Ein fairer Verteilungsmechanismus ist in der EU nicht absehbar.“

Sowohl die EU-Kommission als auch das Europäische Parlament seien in Fragen der Flüchtlingspolitik deutlich problemorientierter und liberaler als nationale Regierungen und Parlamente, so Marcus Engler vom Netzwerk Flüchtlingsforschung. Gemeinsame europäische Lösungen scheiterten vor allem an den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten im Ministerrat. Ein fairer Verteilungsmechanismus in der EU sei nicht absehbar.

Die Zivilgesellschaft spiele eine wesentliche Rolle und treibe die Politik vor sich her, so Petra Bendel. Diese Impulse seien angesichts der Brisanz der Situation im und am Mittelmeer nötig. Nötig sei vor allem aber auch, dass sich alle EU-Mitglieder auf die Solidarität als zentralen Pfeiler der europäischen Integration besinnen. Dazu hätten sich alle durch ihren Beitritt verpflichtet. Denn ein gemeinsames europäisches Asylsystem könne nur auf gemeinsamen Werten beruhen – also auf dem Ursprungsgedanken der Union. 

Andreas Kalina
Beate Winterer



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Werkzeuge gegen Desinformation

Wie können wir mit Falschinformationen im digitalen Zeitalter umgehen? Wie können wir das Vertrauen der Menschen in Fakten zurückgewinnen? Fragen, die auf dem 1. Tutzing TechCamp diskutiert wurden.

EIN DRASTISCHES BEISPIEL, wie Verifikation von Nachrichten heute funktioniert: Ein Film zeigt, wie Frauen mit verbundenen Augen von Uniformierten eine staubige Wüstenpiste entlanggetrieben werden. Eine trug ihr Baby in einem Tuch auf dem Rücken, eine andere hielt ihr Kind an der Hand. Kurz darauf lagen Frauen und Kinder erschossen am Wegesrand. Sam Stewart, ehemaliger Forscher an der Stanford University, zeigte bei unserem TechCamp, wie Nachrichtenredakteure der BBC anhand bestimmter Berge den genauen Ort des Massakers im Nordosten von Nigeria bestimmen konnten. Dafür mussten die britischen Journalisten nicht einmal nach Afrika reisen. Vielmehr nutzten sie Computerprogramme, die Geodaten mit den im Film sichtbaren Bergrücken verglichen.

Erstes TechCamp in Deutschland

Das TechCamp Tutzing war ein internationaler Praxislehrgang zum Thema „Countering Misinformation and Building Trust in the Digital Age“. Beim TechCamp handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe, die in vergleichbarer Form bereits an vielen Orten weltweit stattfand, kürzlich etwa in Myanmar oder Brasilien. Ziel ist es, die Herausforderungen der Digitalisierung für Gesellschaft und Politik zu benennen und mit Hilfe von speziell ausgebildeten Trainern konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. In Tutzing fand das erste TechCamp in Deutschland statt, an dem sich u.a. Journalisten, Ministerialbeamte, Diplomaten und Start-up-Gründer aus einem Dutzend verschiedener Länder von den USA bis nach Kirgisistan beteiligten. Zur Finanzierung dieses Projekts, das gemeinsam mit dem US-Generalkonsulat in München durchgeführt wurde, waren im Vorfeld erfolgreich Mittel vom amerikanischen Außenministerium beantragt worden. Eine Einflussnahme des State Departments auf die Tagung erfolgte nicht. Das Geld wurde dazu verwendet, sieben Trainer hochrangiger Organisationen wie Google News Lab oder Bellingcat sowie Vertreter von Nachrichtenmedien wie The Economist einzuladen.



© RAWPIXEL / PIXABAY

Zu Beginn der Tagung erklärte die US-Generalkonsulin in München, Meghan Gregonis, inwieweit bewusste Fehlinformationen in sozialen Medien oder im klassischen Journalismus Demokratien bedrohen können. Dem pflichtete Andrea Michalcová vom Think Tank European Values in Prag bei, der auch für das Programm Kremlin Watch zuständig ist: Moskau versuche auf unterschiedlichen Wegen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einfluss auf Staaten weltweit auszuüben.

Recherchetraining

Im Rahmen des TechCamps Tutzing wurden auf Basis dieser Analysen in unterschiedlichen Workshops konkrete Handlungsmöglichkeiten für die anwesenden Journalisten, Beamten und Unternehmer erarbeitet. Aiganysh Aidarbekova (Bellingcat) zeigte, wie Facebook genutzt werden kann, um als Journalist zu recherchieren, welche Anhänger von



Lejla Camdzic (links) beim Recherchetraining

© Winterer (APB)

rechtsextremen Parteien und Organisation in welchen Firmen oder Ministerien tätig sind. Auf ähnliche Weise hatten Reporter bereits in der Vergangenheit rechtsextreme Gewalttäter in den USA identifizieren und zur Anklage bringen können. Lejla

Camdzc (Organized Crime and Corruption Reporting Project) wiederum führte vor, wie Journalisten und Wissenschaftler schwer zugängliche Daten im wirtschaftlichen Bereich für ihre Recherchen nutzen können. Auf diese Weise lassen sich etwa die Eigentumsverhältnisse von Unternehmen durchleuchten, die zur Verschleierung von Gewinnen in Steueroasen angelegt wurden.

Fehlinformationen auf der Spur

Iain Collins (The Economist, London) demonstrierte, wie False Narratives erkannt werden können. Er schulte die Teilnehmer darin, Falschinformationen mit Hilfe unterschiedlicher Tools rasch überprüfen zu können. Er zeigte auch, wie journalistische Artikel verfasst sein müssen, um für automatisierte Programme lesbar zu sein. Auf diese Weise, so Collins, könne eine bessere Sichtbarkeit der eigenen Beiträge erreicht werden. Douglas Arellanes (Civil Society Centre, Prag) beschäftigte sich noch intensiver mit maschinenbasiertem Lernen. Er demonstrierte, wie Algorithmen so programmiert werden können, dass Computerprogramme einen Text automatisch daraufhin untersuchen,



Douglas Arellanes stellte Werkzeuge vor, die Falschinformationen identifizieren.

© Lennhoff (APB)

welche positiven oder negativen Emotionen dieser enthält. Dies sei ein Werkzeug, so Arellanes, um Falschinformationen, die häufig in emotionalisierten Zusammenhängen stünden, automatisch auffindig machen zu können.



Die Teilnehmenden des TechCamps

© US-Generalkonsulat

Auf Basis dieser Informationen erarbeiteten die Teilnehmer in Workshops Lösungsansätze, um auf Falschinformationen, mit denen sie in ihrem beruflichen Kontext regelmäßig konfrontiert sind, zu reagieren. Eine Gruppe etwa erstellte ein Manual zur Überprüfung von Fakten, Daten, Bildern und Videos. Eine zweite Arbeitsgruppe ergänzte dies durch die Skizzierung einer Homepage, auf der sämtliche Datenbanken, Suchmaschinen und sonstigen Tools zum Erkennen von Falschinformationen gesammelt werden sollten. Eine weitere Gruppe entwickelte ein Pub Quizz mit dem Ziel, Diskussionen durch Fragen zu einem Thema zu entemotionalisieren, um die Gesprächspartner zu einem rationalen Dialog zu bringen. Ähnlich wurde dies von einer anderen Arbeitsgruppe angedacht, die ein Internetspiel entwarf. Dabei identifiziert sich der Nutzer mit einer Persönlichkeit, um anschließend Fragen auf ihren Faktengehalt zu prüfen.

Preisgelder ausgeschrieben

Die während des TechCamps Tutzing entworfenen Lösungsansätze sollen nun im Folgenden von den Mitgliedern der Gruppen umfassend ausgearbeitet werden. Diese können sich mit einem konkreten Projektvorschlag bewerben, um die von der Akademie für Politische Bildung und dem US-Generalkonsulat ausgeschriebenen Preisgelder in Höhe von bis zu 7 500 Dollar zu bekommen und so ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Finanziert werden die Preisgelder aus den eingeworbenen Drittmitteln.



Anja Opitz

Michael Mayer

(siehe Presseschau Seite 29)

Hypes, Tops und Flops Innovationen beim Nachrichtenjournalismus

Die Dynamik der Digitalisierung bringt unzählige Ideen hervor – gerade wenn es darum geht, journalistische Inhalte zu produzieren, zu verbreiten und zu vermarkten. Welche Innovation wird tatsächlich zum Erfolg? Was verändert die Medienwelt nachhaltig, was bleibt ein kurzfristiger Hype? Welche Potenziale besitzen Virtual, Augmented und Mixed Reality? Sind etablierte Medienunternehmen dynamisch genug, um im Wettbewerb mit kreativen Start-ups zu bestehen? Und wie könnte die Digitalisierung der Werbung in Zukunft Qualitätsjournalismus finanzieren? Unsere Journalistenakademie* hat diese Fragen diskutiert.

„WENN WIR so weitermachen wie bisher, ist der Journalismus auf jeden Fall tot“, sagt Susanne Dickel, Journalistin und Co-Founderin von IntoVR. Bei diesem Punkt ist sie sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf dem Podium weitgehend einig. Darüber, wie der



Romanus Otte war bis Ende 2018 Online-Chef bei der Welt.
© Winterer (APB)

Susanne Dickel: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist der Journalismus auf jeden Fall tot.“

Journalismus der Zukunft stattdessen aussehen soll, gehen die Meinungen jedoch auseinander. Romanus Otte war bis Ende 2018 Online-Chef bei der Welt. Er warnt davor, ständig zwischen verschiedenen Medien zu wechseln: „Das verwirrt den Rezipienten nur.“ Neugier und Offenheit seien in der Medienwelt wichtig, müssten jedoch „im Rahmen bleiben“.

Community statt Reichweite

Anders sehen das erwartungsgemäß die Vertreter der Medien-Start-Ups. Tom Orzikowski vom Eyecandylab ist überzeugt, dass Datenbrillen das Smartphone ersetzen werden: „Dann wird es für den Journalismus relevant, diese erweiterte Realität zu füllen.“ Wolfgang Kerler, ehemaliger Chefredakteur von WIRED Germany, will weg vom „Einbahnstraßenjournalismus“ und die User über das Angebot entscheiden lassen. In einer geschlossenen Community sollten Rezipienten und Journalisten konstruktiv über Themen diskutieren – was auf Facebook nicht möglich sei. „Mitmachen lassen, statt hinknallen. Aus der Kritik entstehen dann neue Geschichten“, meint Kerler. Auch Roman Heflik von XING News plädiert dafür, Online-Journalismus anhand von Verweildauer und Kommentaren zu bewerten. Der Großteil werde trotzdem nur konsumieren und nicht bestimmen, glaubt Isabel Pakowski von GoPro. „Aber spätestens, wenn es ihm nicht gefällt, meldet sich der User.“

Überblick im Nachrichtendschungel

Egal, ob Nachrichten vom User gewählt oder von der Redaktion vorgegeben werden, ihre Anzahl steigt kontinuierlich. Dario Nassal hat mit The Buzzard eine Art Navigationssystem für Nachrichten geschaffen, um Nutzern die Orientierung im Informationsdschungel zu erleichtern. Sein Portal zeigt zu jedem Thema unterschiedliche Ansichten in Form von Beiträgen auf Nachrichtenportalen, Blogs oder Fachmagazinen. Die Redaktion erklärt dem User die politische Richtung der jeweiligen Medien. Wenn es nach Sönke Schierer geht, muss der Leser oder Zuschauer nicht mehr selbst aktiv werden, um zu erfahren, ob es für ihn relevante Nachrichten gibt. Im HHLab, dem Innovationslabor der NOZ/MH:N-Mediengruppe in Hamburg, hat er an Glühbirnen geforscht, die ihre Farbe ändern, sobald Nachrichten aus den persönlichen Interessensgebieten vorliegen.

* In Kooperation mit dem Media Lab Bayern und dem Institut für Medienentwicklung und -analyse der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Während die Digitalisierung die meisten Start-Ups erst ermöglicht, verändern sich klassische Medien, um im Wettbewerb mitzuhalten. Beim Bayerischen Rundfunk heißt das „BR hoch drei“. Aus Radio, Fernsehen und Internet wird eine crossmediale Einheit mit sieben Ressorts statt 140 Redaktionen an einem gemeinsamen Standort in München-Freimann. „Wir denken inzwischen vom Netz her, und danach erst ans Fernsehen“, erklärt Roland Scheble, Leiter der Hauptabteilung Strategie und Innovationsmanagement. So entstanden Ideen wie die News-WG auf Instagram und das Messenger-Projekt „Ich, Eisner! 100 Jahre Revolution in Bayern“.



Roland Scheble: „Wir denken inzwischen vom Netz her, und danach erst ans Fernsehen.“

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) hat eine eigene Verifikationsabteilung eröffnet und kommuniziert mit ihren Kunden über einen Infokanal über noch nicht be-

stätigte Meldungen. „Nur weil es bei Twitter steht, schicken wir noch keine Eilmeldung“, sagt die stellvertretende Chefredakteurin Antje Homburger. Und für die Südwestdeutsche Medienholding – zu der nicht nur die Süddeutsche oder die Stuttgarter Zeitung gehören, sondern auch viele Spezialpublikationen – statet ihr Innovationschef Tobias Köhler auch schon einmal Mitarbeiter mit bis zu 5 000 Euros aus, um ihre Ideen umzusetzen.

Konzentration auf Markenkern

Wer soll diese Innovationen finanzieren? Der Konsument, sagt Thomas Nötting vom Verlag Werben & Verkaufen. Medien müssten auch in Zukunft guten Journalismus anbieten und sich auf ihren Markenkern konzentrieren. Häufig sei das die regionale Berichterstattung. „Die New York Times zeigt, dass man sich von Rückschlägen bei der Einführung eines Bezahlmodells nicht entmutigen lassen darf. Sie hat heute so viele Abonnenten wie nie zuvor“, erklärt er. Augmented und Virtual Reality hätten jedenfalls nicht das Potenzial, um die fundamentalen Fragen des Journalismus zu beantworten.



Sebastian Haas
Beate Winterer
(siehe Presseschau Seite 27)

Digitaler Wandel verändert Journalismus

Die Digitalisierung führt zu fundamentalen Änderungen nicht nur in der Mediennutzung, sondern auch in der Medienproduktion. Sie krempelt das Berufsbild des Journalismus um. Bei unserer Tagung* diskutierten Journalistinnen und Journalisten verschiedener Medien und Plattformen über Chancen, Potenziale und Risiken von technischen Entwicklungen und neue Berufe im Journalismus.

„ES IST SELBSTVERSTÄNDLICH, dass ein Journalist in den sozialen Medien unterwegs sein muss“, betonte Michael Husarek, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten. Doch wie weit dieses Engagement



© NEIERTZ

gehen darf, darüber waren sich die Referenten uneinig. Während Husarek „Instawalks“ und Veranstaltungen vorschlägt, um den Elfenbeinturm der Zeitungshäuser zu verlassen, möchte sich Matthew Ulbrich von tickaroo

* In Kooperation mit der Technischen Hochschule Nürnberg und den Nürnberger Nachrichten

am liebsten aus Facebook und Co. zurückziehen – auch weil er viele Funktionen für unseriös hält: „Niemand hat 50.000 Fünf-Sterne-Bewertungen. Und wer sie hat, kauft sie bei einer Klickfarm in Bangladesch.“ Thomas Kaspar (zum Zeitpunkt der Tagung noch Chefredakteur der Ippen Digital Zentralredaktion sowie von tz.de und merkur.de, seit März 2019 zusätzlich gemeinsam mit Bascha Mika Chefredakteur der Ippen-Zeitung Frankfurter Rundschau) glaubt hingegen, dass Journalisten nur noch ihre Zielgruppe erreichen, wenn sie auch die Stars auf Instagram kennen.

Spezialisierung nötig

Also nur noch Multimedia in der Ausbildung? „Was man im Studium lernt, ist eine gute Basis für den Journalisten“, findet Maria Lisa Schiavone von der Fa-



Diskussion zum Journalismus im digitalen Wandel: Vera Cornette, Maria Lisa Schiavone, Thomas Kaspar, Matthew Ulbrich und Michael Husarek (von links)

© Winterer (APB)

kultät Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Und auch ihre Kollegen auf dem Podium betonen in Zeiten der Digitalisierung weiterhin die klassischen journalistischen Tugenden: kritisch, ehrlich, vertiefend, konstruktiv, fokussiert, unterhaltend, lernfähig, zielgruppenorientiert. Wobei Thomas Kaspar einschränkt: „Jede und jeder braucht sein Spezialgebiet“. Nicht jeder dürfe verpflichtet werden, alle redaktionellen Aufgaben zu übernehmen. Schiavone ergänzte, dass Journalistinnen und Journalisten dennoch regelmäßig neues Wissen erwerben müssen: „Man braucht nicht immer eine Datenanalytikerin, aber man muss verstehen, was hinter Suchmaschinen-Optimierung steckt.“

Klassische Aufgaben unverzichtbar

Für den Journalistik-Professor Klaus Meier (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) sind journalistische Aufgaben wie Information, Kritik und Kontrolle sowie Beteiligung und Empowerment für die Ge-

sellschaft weiterhin unverzichtbar. Journalisten dürfen deshalb nicht zu „Content-Schubsern aller Art“ verkommen, sondern sollten relevante Themen recherchieren und einordnen, Fakten prüfen und transparent arbeiten – kurz: auf Qualität achten. „Wenn Sie Ihren Kopf nicht dafür hinhalten wollen, was Sie tun – dann sind Sie in unserem Job fehl am Platze“, ergänzte Michael Husarek. Selbst in Zeiten eines dreisten Fälschers wie Claas Relotius könne es gelingen, noch Geld für Journalismus und Medienutzung zu generieren. Netflix sei das beste Beispiel dafür.



© NEIERTZ

Digitale Berichterstattung in der Praxis

In Workshops tauchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst ein in die Welt von Audience Development, multimedialer Berichterstattung, Suchmaschinen-Optimierung und Eventmanagement. Dabei drehte sich alles um die Frage: Was will der Kunde sehen, hören, lesen? Wir müssen den ernst nehmen, für den wir das Produkt machen“, erklärt Kerstin Dolde von der Frankenpost in Hof und schlägt Events vor, die dem Zuschauer einen Mehrwert bieten.

Ihre Kollegin Barbara Zinecker von den Nürnberger Nachrichten setzt auf Audience Development „zur Kontrolle der eigenen Wahrnehmung“. Dazu zählt, Nutzer zunächst über Suchmaschinen auf die eigene Website zu locken und langfristig zu binden. Zur journalistischen Standardrecherche gehören dann auch die Trends auf Google, Instagram und Facebook. „So sehen wir nicht, was wir wichtig finden, sondern was am meisten interessiert“, sagte Zinecker.

Sebastian Haas
Beate Winterer

Linktipp

Fünf kurze Videos aus unserer Tagung auf dem YouTube-Kanal der Akademie:
<https://www.youtube.com/playlist?list=PLInTVbBCI2jzFlfUzw-1JA5AcgdzfWPQo6>



Ethische Orientierungssuche im Digitalen

Die digitale Transformation des Journalismus macht auch vor der Medienwissenschaft nicht Halt. Auf unserer Tagung* an der Macromedia Hochschule in Köln wurden die bisherigen Modelle und Konzepte auf den Prüfstand gestellt. Notwendige Erweiterungen einer digitalen Medienethik wurden diskutiert.

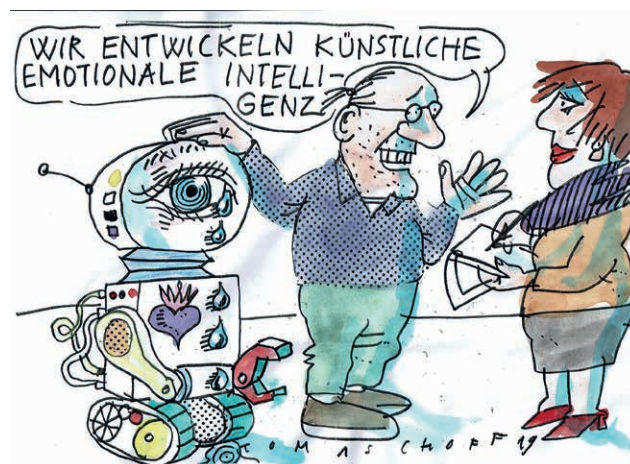
NACH DEN NSA-ENTHÜLLUNGEN von Edward Snowden und dem Skandal um die heimliche Zusammenarbeit von Facebook und Cambridge Analytica sieht der niederländische Medienwissenschaftler und Netzkritiker Geert Lovink einen großen Vertrauensverlust gegenüber dem Netz. Er stellt aber auch fest: „Es gibt noch keine Alternative“ und fragt: „Wie lautet die europäische Antwort? Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre.“ Es könne nicht sein, dass „wir immer nur versuchen, die Produkte der großen multinationalen Konzerne zu regulieren.“ Lovink erkennt besonders bei der jüngeren Generation eine „programmierte Traurigkeit“ durch Social Media: „Immer dabei und online sein, hält doch keiner aus. Das muss zum Zusammenbruch führen.“ Man schalte das Smartphone nicht gelegentlich an wie früher den Fernseher. „Man muss ständig Lebenszeichen von sich geben: Ich bin noch da. Das Handy ist ein Teil des Körpers geworden.“



Geert Lovink erkennt eine „programmierte Traurigkeit“ durch Social Media.

Digitale Souveränität

Deshalb fordert der Erlanger Medienethiker Christian Schicha auch „mehr digitale Souveränität“. Damit meint er auch Datensouveränität, also die Fähig-



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

keit, informiert und selbstbestimmt zu entscheiden, wie und von wem Informationen über die eigene Person erhoben, verarbeitet und weitergegeben werden: „Der Autonomiebegriff ist ein elementarer – vielleicht der zentralste – Fixpunkt für eine medienethische Auseinandersetzung mit der digitalen Revolution.“ Politisches Handeln müsse sich gegen einen technologischen Determinismus wenden: „Nicht die Technologie legt unseren Handlungsraum fest, sondern wir.“ Deshalb seien digitale Mündigkeit und Bildung von großer Bedeutung.

„Community-Hijacker“

Mit streitbaren Thesen kam der in der Schweiz tätige deutsche Journalist und Berater Hansi Voigt (Chefredaktor des Jahres 2012 und 2014) nach Köln: Nicht der Journalismus, sondern die Verleger hätten ein Problem: „Wir müssen die bestehenden Informationssilos überwinden.“ Damit meint er Verlage und „Community-Hijacker“ wie Facebook und Co. „Informationen sind heute ein Massengut. Wer sie verkaufen will, hat keine Zukunft.“ Ihre Wertigkeit tendiere gegen Null. Neu hingegen sei die „Aufmerksamkeitsknappheit“. Die Zukunft eines Geschäftsmodells für Medien liege in der Identifikation des Publikums mit ihnen. „Ich verkaufe keine Abos mehr, sondern einen Club-Beitrag zur Unterstützung eines Mediums. Gemeinnützige Vereine oder Genossenschaften seien Trägermodelle der Zukunft. Es gelte das „open-source-Prinzip“: Alles für alle.“

Bedarf an ethischen Fragen

Der Arzt und Jurist Rainer Erlinger ist durch seine über 800 Ethik-Kolumnen im Magazin der Süddeutschen Zeitung einem breiten Publikum bekannt ge-

* In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Medienethik und der Fachgruppe Medienethik der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK)

worden. Die Resonanz war überwältigend: „Wir hatten in der Redaktion insgesamt sicher über 10.000 Fragen von Lesern zu ethischen Fragen. Offenbar gibt es einen großen Bedarf an diesen Themen.“ Ihm



Rainer Erlinger bekam für seine Ethik-Kolumne über 10.000 Fragen von Lesern.

© Schröder (APB)

war nie seine persönliche Entscheidung am Ende der Kolumne das Wichtigste: „Mir ging es immer um die Überlegungen auf dem Weg dahin.“

Auch er habe sich mit Hasskommentaren zu seinen Texten auseinander setzen müssen. Es sei interessant gewesen, dass sich manche der meist männlichen Schreiber nach entsprechender Reaktion Erlingers dann als sehr umgängliche und vernünftige Zeitgenossen erwiesen. „Sie wollten sich offenbar durch ihre verbalen Rempelen und Beleidigungen nur Gehör und Aufmerksamkeit verschaffen.“

Die Aufgabe Daniel Fienes bei der Rheinischen Post ist es, das Ohr am Puls des Publikums zu haben. Neudeutsch heißt das: audience engagement – also Verbundenheit und Interaktion mit dem Publikum. Seine Aufgabe und die seines Teams ist das Erreichen neuer Zielgruppen – oder noch besser: Relevante Themen aufspüren, von denen das Publikum noch gar nicht weiß, dass sie es interessieren.

Verzerrte Relation

Sonja Schwetje ist nicht nur Chefredakteurin beim privaten Nachrichtensender ntv, der zur RTL Group gehört. Sie ist auch Mitglied der „High Level Group Fake News“ der EU-Kommission. Dabei mag sie den Begriff Fake News gar nicht: „Weil es ein Widerspruch in sich ist: Fakes sind keine News.“ Für sie sind Begriffe wie Manipulation, bewusstes Setzen von Themen – auch wenn sie falsch sind – und gezieltes Zündeln besser geeignet, um das Phänomen zu beschreiben. Schließlich werde der Begriff ja auch von Trump benutzt, um seriöse Medien gezielt als Fälscher herabzusetzen.



Sonja Schwetje: „Medien als Orientierungshelfer sind wichtiger denn je.“

Durch Fake News entstünde auch eine verzerrte Relation: „Eine kleine, aber laute Minderheit schätzt sich stärker und mächtiger ein, weil ja scheinbar alle so denken.“ Dies sei eine große Herausforderung für alle Medien. Die Funktion als Orientierungshelfer sei zentraler denn je. Dafür müsse man immer sauber arbeiten und recherchieren. Dazu gehöre auch eine gute Ausbildung, für die RTL eine eigene Journalistenschule unterhalte. Mittlerweile habe man eigenes Team zur Verifizierung von Inhalten, die aus allen möglichen Quellen – eben auch nichtprofessionellen – in die Redaktionen gelangen.

Vertrauen in Medien

Die High Level Group fordere für die EU klare Regeln für die globalen Plattformen, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken. Wichtig sei auch die Förderung von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen in allen Altersstufen. Die Ausgangslage in Deutschland sei nicht schlecht: Hier habe man noch ein international vergleichbar hohes Vertrauen in die professionellen Medien. Ziel bleibe die freie, unabhängige Meinungsbildung auf Faktenbasis.

Einen etwas ernüchternden Einblick in die neue Enquete-Kommission des Bundestages zur „Künstlichen Intelligenz (KI)“ bot ihr Mitglied, der Münchner Philosoph und Medienethiker Alexander Filipović. Die Arbeit dort sei doch sehr parteilich und fraktionell bestimmt sowie ideologisch aufgeladen und vereinnahmt. Und ausgerechnet die Arbeitsgruppe „KI und Medien“ werde von einem Abgeordneten der AfD geleitet.



Alexander Filipović: „Ethische Themen sind im öffentlichen Diskurs schwer zu erklären.“

Generell führte Filipović aus, dass es schwierig sei, ethische Themen im öffentlichen Diskurs zu erklären. Journalisten hätten immer gerne kurze und einfache Antworten auf komplizierte Fragen: „Am liebsten schwarz oder weiß, richtig oder falsch.“ Das seien andere Erwartungen als in der Wissenschaft. Aber wenn sich der Ethiker öffentlich Gehör verschaffen wolle, könne er sich den Anfragen aus den Medien gegenüber nicht verschließen. Kritisch beurteilte Filipović die Finanzierung des neuen „Instituts für Ethik in der Künstlichen Intelligenz“ an der TU München mit 6,6 Millionen Euro durch Facebook. Da müsse die Frage nach der Unabhängigkeit von Forschung erlaubt sein.



Michael Schröder

Tutzingen Diskurs vor dem Endspurt

Der Tutzingen Diskurs „Big Data im Gesundheitswesen“ kann auf intensive Monate und eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Jetzt geht es auf die Zielgerade.

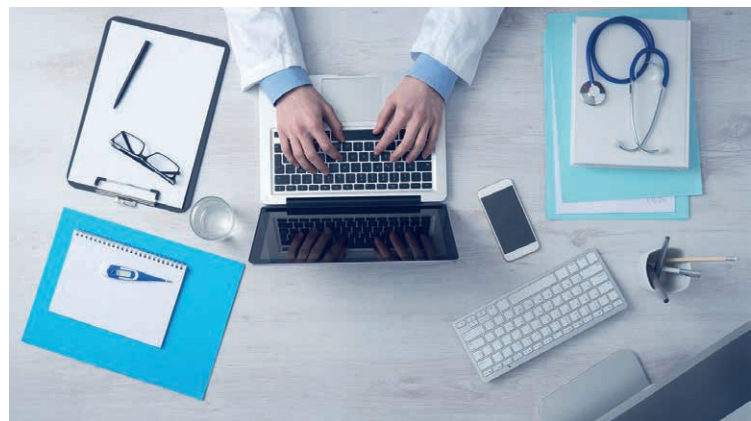
BIG DATA im Gesundheitswesen – zu diesem Thema arbeiten seit über einem Jahr mehrere Expertinnen und Experten im Rahmen des für zwei Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Tutzingen Diskurses. Die interdisziplinäre Gruppe stand hierbei vor mehreren Herausforderungen: Sie musste die Verfahrensregeln für den Diskurs selbst festlegen, die Schwerpunkte und Ziele selbst bestimmen und innerhalb des ersten Jahres ein gemeinsames Arbeitspapier entwickeln. Aktuell läuft die zweite Phase. In ihr werden – aufbauend auf den erarbeiteten Ergebnissen und gewonnenen Erfahrungen – didaktische Methoden entwickelt und erprobt, die für den Schulunterricht geeignet sind. Sie sollen junge Menschen für die Wichtigkeit und Vielschichtigkeit des Themas sensibilisieren.

Bildungs- und Forschungsprojekt

Indem die Teilnehmenden des Tutzingen Diskurses interdisziplinär an diesen gemeinsamen Zielen arbeiten, hierbei ihre jeweilige Expertise einbringen, dabei aber stets von den anderen Professionen lernen, ist der Tutzingen Diskurs gleichzeitig ein Bildungs- und ein Forschungsprojekt. Das Thema nach außen zu tragen und die in der Gruppe entwickelten Ideen zur Diskussion zu stellen, war von Anfang an wichtiger Bestandteil des Projekts.



Die Diskursgruppe bei der internationalen Konferenz in Zagreb
© Archiv (APB)



© FREE-PHOTOS / PIXABAY CCO

Am 5. Juli 2018 richtete die Akademie für Politische Bildung im Rahmen des Tutzingen Diskurses zusammen mit dem Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München (PI) eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in München aus. Unter dem Titel „Digitalisierung der Gesundheit“ diskutierten der Mediziner und Hochschuldidaktiker Sebastian Kuhn, die Informatikerin Karoline Busse, die Juristin Mirka Möldner vom Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht und der Soziologe Stefan Selke das gesellschaftlich höchst relevante Thema. Etwa 100 Interessierte kamen zu der Podiumsdiskussion, die Christoph Koch, Wissenschaftsjournalist des *Stern*, moderierte.

Internationale Konferenz

Der nächste große Termin außerhalb der Akademie war die internationale Konferenz „Big Data in Healthcare“ im Oktober 2018 in Zagreb, die der Tutzingen Diskurs zusammen mit dem Centre of Excellence for Integrative Bioethics der Universität Zagreb organisierte. Hier konnte die Diskursgruppe ihr in der ersten Phase entwickeltes Arbeitspapier im internationalen Rahmen vor Expertinnen und Experten aus Kroatien, Serbien, Bulgarien und Griechenland präsentieren und mit diesen diskutieren. Das Arbeitspapier widmete sich dem Kompetenz-Begriff und damit einem von der Gruppe schnell ausgemachten Desiderat. Denn Kompetenzentwicklung wird im Kontext von Digitalisierung, Big Data und auch Gesundheit zwar immer wieder in Politik und Wissenschaft angemahnt und eingefordert, aber es bleibt meist unklar, was darunter verstanden werden kann.

Die Diskursgruppe nahm diese Herausforderung an und entwickelte sehr differenzierte Sichtweisen auf in diesem Bereich nötige Kompetenzen. Sie konnte zeigen, dass weit mehr gebraucht wird, als nur eine App herunterladen und installieren zu können. Das Treffen in Zagreb war für alle Seiten gewinnbringend: Das Arbeitspapier wurde vorab an alle Gäste versandt, in Zagreb von der Gruppe noch einmal kurz skizziert und dann unter vielen unterschiedlichen Aspekten von den internationalen Expertinnen und Experten kommentiert und fortentwickelt.

Planung von Projekttagen

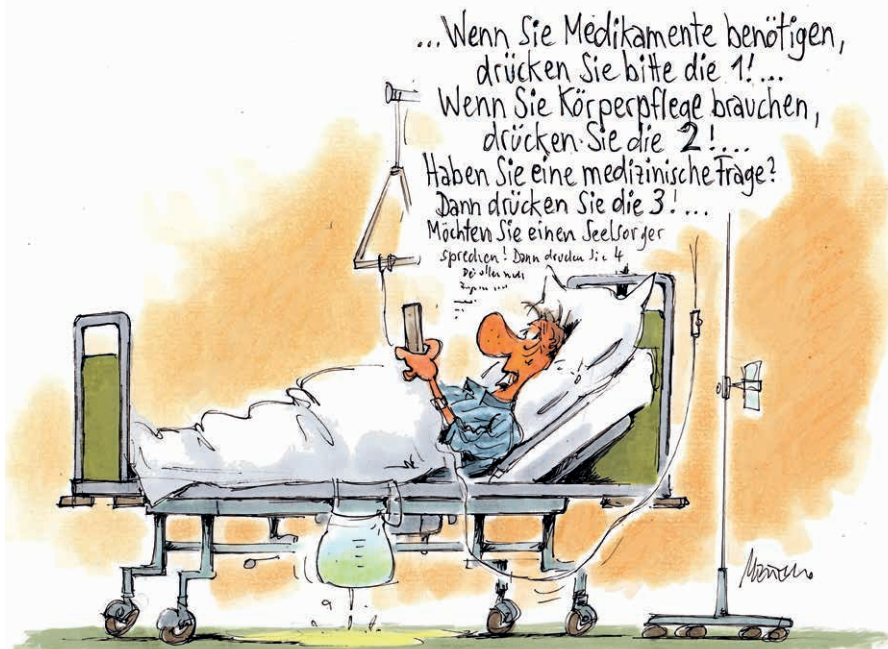
Im November 2018 traf sich die Diskursgruppe in Frankfurt a.M. bei Tim Engartner, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften. Eingeladen war zudem Julia Dietrich, Professorin für Didaktik der Phi-

losophie und Ethik an der Freien Universität Berlin. Mit diesen Sichtweisen unterschiedlicher Interessengruppen einarbeiten und sich im Anschluss gegenseitig diese Positionen in einem „Gallery Walk“ präsentieren konnten. Den Abschluss bildete eine Podiumsrunde, in der die Schülerinnen und Schüler mit den Mitgliedern des Tutzinger Diskurses diskutierten.

Der zweite Projekttag – genau genommen waren es anderthalb Tage – konnte an der Alanus-Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter bei Bonn durchgeführt werden. Auch hier gab es ein Planspiel und wieder erwies sich die Brauchbarkeit der von der Tutzinger Gruppe erstellten Kurztexte. Mit denen arbeiteten sich die Studierenden, deren Fachgebiete von Pädagogik bis Wirtschaftswissenschaften reichten, in unterschiedliche Positionen ein. Ende April folgte der dritte Projekttag an der Technischen Universität München mit Sport-Studierenden.

Abschluss im Juli

Mit Bedauern blicken die Teilnehmenden dem Ende des Tutzinger Diskurses entgegen. Aktuell wird die Arbeit davon bestimmt, dass neben den unbezahlbaren Einsichten aus den Diskussionen und neben der Erfahrung, dass dieses Thema intensiv mit jungen Menschen diskutiert werden kann und muss, ein für alle Menschen sichtbares Ergebnis entsteht. Damit soll die Diskursidee weitergetragen werden. In Abstimmung mit Lehrkräften werden derzeit Schulmaterialien entwickelt.



© MESTER

losophie und Ethik an der Freien Universität Berlin. Mit dieser didaktischen Expertise konnte die Diskursgruppe nun die zweite Phase mit der Planung und Durchführung von Projekttagen angehen. Dort wird das Thema mit jungen Menschen bearbeitet und diskutiert. Für jeden dieser Projektstage bildete sich eine Gruppe aus ca. fünf Personen, die für die Konzeption und Durchführung zuständig ist. Am Ende des Projekts werden die „Tutzinger“ drei solcher Projektstage veranstaltet haben.

Im Januar 2019 war der Tutzinger Diskurs am Luitpold-Gymnasium in München zu Gast. Einen Tag lang wurde mit knapp 50 Schülerinnen und Schülern der 11. Jahrgangsstufe über Big Data im Gesundheitswesen diskutiert. Die Tutzinger Diskursgruppe hatte vorab kurze Einführungstexte erstellt, anhand derer die

Am 10. Juli 2019 findet die Abschlussveranstaltung statt, bei der Peter Dabrock, Vorsitzender des Deutschen Ethikrats und Schirmherr des Tutzinger Diskurses „Big Data“, einen Vortrag halten wird. Die Diskurs-Gruppe wird von ihren Erfahrungen berichten und die Ergebnisse präsentieren. Hierzu laden wir herzlich ein!



Ludwig Krüger

Linktipp

Weitere Informationen zum Projekt sowie weitere Berichte finden Sie auf der Diskurs-Webseite: <https://www.tutzinger-diskurs.de/big-data>.



Digitale Dörfer als Chance für den ländlichen Raum

Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner sind sie „die Seele des Landes“: die bayerischen Dörfer. Doch der demografische Wandel und die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen gefährden die Existenz vieler Gemeinden – und führen gleichzeitig zu Verkehrs- und Wohnungsproblemen in der Stadt. Die Digitalisierung bietet Möglichkeiten, um die Lebensqualität auf dem Land zu erhöhen.

Mit zwei Expertinnen für ländliche Räume haben wir beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag über Rathaus-Apps, Co-Working-Spaces und Online-Sprechstunden diskutiert.

IM GEMEINDEVERBUND Spiegelau-Frauenau im Bayerischen Wald informieren digitale Schautafeln über Veranstaltungen. Defekte Straßenlaternen melden die Bürger per Rathaus-App an den Bauhof und auch die entlegensten Ortsteile sind durch den Rufbus mit dem Supermarkt verbunden. Seit einigen Jahren entsteht dort ein Stück Zukunft: ein digitales Dorf. Bildschirme, Apps und Breitbandanschluss sollen das Leben hier so lebenswert machen wie in der Stadt – um alten Menschen das Bleiben zu erleichtern und junge wieder aus den Städten zurück zu holen oder zum Dableiben zu ermutigen. Diane Ahrens ist das beste Beispiel dafür, dass das Land auch für junge Akademiker attraktiv sein kann. Sie leitet den Technologie Campus Grafenau der Technischen Hochschule Deggendorf und verantwortet den Modellversuch „Digitale Dörfer“. Neben Spiegelau-Frauenau gestaltet ihr Team inzwischen zwei weitere Projekte im Chiemgau und im Allgäu.

Gemeindehaus als analoge Zentrale

„Die Digitalisierung kann viele Probleme im ländlichen Raum lösen. Eltern können im Homeoffice arbeiten statt zu pendeln und so Familie und Beruf besser vereinbaren. Für Ältere erleichtern Apps Ein-



Diane Ahrens (links) und Anne Margarian sprachen über die Zukunftssicherung des ländlichen Raums durch Digitalisierung.

© Rolf Poss / Bayerischer Landtag

kauf, Betreuung und Kommunikation“, sagte Ahrens. Im Modelldorf im Bayerischen Wald sind unter anderem digitale Bibliotheken und ärztliche Hausbesuche per Videokonferenz entstanden. Und zu Pfingsten wird der Gottesdienst aus der Pfarrkirche ins Altenheim gestreamt. „Weil es einen Unterschied macht, ob man den eigenen oder irgendeinen Pfarrer sieht“, sagt Ahrens. Alle Probleme kann aber auch die beste App nicht lösen. „Digitale Angebote müssen mit stationären verknüpft werden.“ Gemeindehäuser in verwaisten Gaststätten oder früheren Läden in der Ortsmitte könnten sich zur analogen Zentrale der digitalen Ortschaften entwickeln. Hier können Mitarbeiter verschiedenster Unternehmen und Behörden in Co-Working-Spaces zusammensitzen, um sich das Pendeln zu ersparen. Kinder und Alte werden im gleichen Gebäude betreut oder kommen zum gemeinsamen Mittagessen. Und falls es Supermärkte nur noch in abgelegenen Gewerbegebieten gibt, werden ins Gemeindehaus bestellte Lebensmittel geliefert. „Man muss die Dörfer der Zukunft ganzheitlich betrachten und alle Lebensbereiche einbinden“, erklärt Ahrens.

Auch Anne Margarian vom Johann Heinrich von Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig glaubt, dass Digitalisierung allein noch keine Zukunft macht. „Entscheidend ist der kreative Umgang mit digitalen Technologien. Jede Kommunalverwaltung muss eigene Lösungen für die Probleme im jeweiligen Ort entwickeln. Die ländlichen Räume in Deutschland sind sehr unterschiedlich“, sagt sie. Was im Norden gut funktioniert, müsse im Süden nicht automatisch gut ankommen. Das gleiche gilt für Ost und West. Ein staatlich gefördertes Grundgerüst, beispielsweise für

Rathaus-Apps, sei zwar sinnvoll. „Aber je fertiger die Produkte sind, desto weniger kreativ arbeiten die Gemeinden damit“, erklärte Margarian.

Lebende Labore

Diane Ahrens wünscht sich für die Zukunft mehr Geld für die Kommunen, um die digitale Infrastruktur auszubauen, mehr IT-Kompetenz durch entsprechende Ausbildungen vor Ort und einen schnellen Mobilfunkausbau („Versuchen Sie mal im Bayerischen Wald zwischen zwei Orten mit dem Handy zu telefonie-

labs“, in denen getestet wird, wie digitale Technologien das Leben auf dem Land erleichtern können. Gerade jetzt, wo Großstädte immer teurer und voller werden, sei ein guter Zeitpunkt, ländliche Räume zu stärken. „Je mehr Menschen wir dort halten können, desto weniger Probleme haben wir in den großen Städten“, so Ahrens' Fazit.

Deshalb ist es auch nicht paradox, dass der ländliche Raum ausgerechnet in der Metropole München Gesprächsthema ist. „Die Politik muss über die Grenzen der Landeshauptstadt hinausschauen. Gleichwer-



Spiegelau im Bayerischen Wald ist „lebendes Labor“ für die Digitalisierung des ländlichen Raums.

© Konrad Lacknerbeck / CC BY 3.0

ren.“). Vor allem seien aber mehr Feldstudien und belastbare Kosten-Nutzen-Analysen wichtig. „Digitale Dörfer lassen sich nicht am Computer erproben. Das geht nur vor Ort und unter Beteiligung der Bürger“, sagt Ahrens. Ihre Digitalen Dörfer sind deshalb „living

tige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land zu schaffen ist der Kern der politischen Agenda des Bayerischen Landtags“, sagte Akademiedirektorin Ursula Münch.



Beate Winterer

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Die verkannten Zukunftsgestalter

Die Kommunen sind lautlos zu einer kreativen Ebene geworden, auf der digitale Infrastrukturen, Integrationslösungen, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen entwickelt werden. Ein Projekt der Akademie mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit widmete sich diesen wichtigen Gestaltern der Zukunft.

„WENN DIE KOMMUNE die Schule der Demokratie ist und es weiterhin sein soll, muss sie auch selbst in die Schule gehen“, sagte der Staatsrechtler Martin Burgi von der Universität München. Nutzen und Wert der kommunalen Selbstverwaltung müssten den Menschen nähergebracht werden. Der politische und administrative Nachwuchs würde nicht gerade in Scharen in die Kommunen strömen.

Sinkendes Medieninteresse

Das Phänomen der niedrigen Beteiligung bei Kommunalwahlen (2014 in Bayern 55 Prozent) erklärte Angelika Vetter von der Universität Stuttgart vor allem mit dem Wertewandel seit den 90er-Jahren: „Früher ging man einfach zur Wahl. Heute wird diese Norm als weniger stark empfunden, vor allem von jungen Menschen.“ Außerdem sei das mediale Interesse an Kommunalpolitik geringer geworden. So würden Bürger weniger mit Lokalpolitik konfrontiert werden.

Wie Stadt- und Gemeinderäte Bürger zur Mitarbeit motivieren können, war Thema einer Podiumsdiskussion. Bianka Poschenrieder, Zweite Bürgermeisterin von Zorneding, empfiehlt ihren Kolleginnen und Kol-



Unter Heimat versteht jeder etwas anderes.

© Tommy Rau / pixabay CCO und Schröder (APB)

legen, dort zu werben, wo Menschen sich bereits engagieren – also in Vereinen und Bürgerinitiativen. „Ich erzähle von unseren Erfolgen als Gemeinderat und biete Interessenten Hilfe und Fortbildungen an“, sagte sie.

Jugendparlamente als Chance

Der Landrat des Landkreises München, Christoph Göbel, sieht in Jugendparlamenten eine Chance für mehr politischen Nachwuchs: „Junge Leute müssen ja nicht gleich Bürgermeister werden, aber man sollte sie früh einbinden.“ Genau diesen Weg schlug Julia Hacker ein, die für den Jugendrat Lauf mitdiskutierte. „Viele Kommunen nehmen Jugendliche nicht ernst. Unser Jugendrat hat ein eigenes Budget und ein Antragsrecht im Stadtrat. Damit konnten wir bereits einen Bikepark, neue Busverbindungen und Laternen für einen sicheren Heimweg schaffen“, erzählte sie. Diese Erfolge helfen wiederum, neue Mitglieder für das Gremium zu finden.

Gegen diesen Trend stellten sich Okan Bellikli und seine Klasse der Deutschen Journalistenschule in München. Für ihr Abschlussprojekt reisten die Nachwuchsjournalisten durch ganz Deutschland und besuchten Kommunalpolitiker in acht Bundesländern, in denen 2019 gewählt wird. Sie fassten die Ergebnisse auf dem Instagram-Profil „TotalKommunal“ zusammen.



Mehr Verantwortung für die Jugend in den Kommunen: Christoph Göbel, Alexander Müller, Bianka Poschenrieder und Julia Hacker (von links)

© Winterer (APB)

Über aktuelle Brennpunkte der Kommunalpolitik sprachen die Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände. „Mich stört vor allem, dass die Kommunen ausbaden müssen, was die Bundespolitik in der Digitalisierung versäumt hat. Die Bürger regen sich bei uns auf, dass sie ins Rathaus kommen müssen, um ei-

nen neuen Pass zu beantragen“, sagte Thomas Jung, Oberbürgermeister von Fürth und Erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.

Ähnliches beobachtet der Abensberger Bürgermeister Uwe Brandl bei der Schaffung von Betreuungsplätzen für Grundschüler. Er ist auch Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er hält Kommunalpolitik für „die geilste Sache der Welt für Leute, die Diskussionen lieben und keine Scheu haben, ab und zu mal eine kalte Dusche zu kassieren.“

Christian Bernreiter, Landrat in Deggendorf und Präsident des Bayerischen Landkreistages, warnte vor Gebietsreformen wie in anderen Bundesländern. „Ich bin jeden Abend unterwegs, um unsere Politik zu erklären. Dieser Kontakt fällt weg, wenn wir wie in Nordrhein-Westfalen Kreise mit 500.000 Einwohnern bekommen“, argumentierte er.

igital unterstützte Dorfshuttle- und Rufbusse, digitale Rathaus-Infoportale und Echtzeit-Übertragungen von Gottesdiensten.

Einblicke in Digitalisierungskonzepte der Landeshauptstadt München gab der Informatiker Wolfgang Glock von der Stabsstelle E-/Open-Government und Smart-City. Bei aller Optimierung der Organisationsprozesse müsse der Mensch im Zentrum stehen, so Glock.

Heimat und Integration

Mit der Gestaltung von Heimat durch die Kommunen befasste sich Norbert Göttler, Bezirksheimatpfleger von Oberbayern. „Das Problem ist, dass jeder eine andere Vorstellung von Heimat hat“, erklärte er. Vor allem bei jungen Menschen sei Heimat weniger topographisch, sondern utopisch definiert: Heimat als Netzwerke von Menschen, die nicht zwingend am gleichen Ort aufgewachsen sind.



Die Spitzen bayerischer Kommunalpolitik auf einem Podium (von links): Christian Bernreiter, Uwe Brandl, Rainer Schneider und Thomas Jung, rechts Moderatorin Ursula Münch

Rainer Schneider, Vize-Präsident des Bayerischen Bezirktags beklagte, dass die Regierungsbezirke im Gegensatz zu Landkreisen kaum wahrgenommen werden, obwohl sie für wichtige Aufgaben wie medizinische Versorgung verantwortlich sind.

Der Erlanger Alt-Oberbürgermeister Siegfried Balais ist Sonderbeauftragter des Sofortprogramms „Saubere Luft 2017 – 2020“ der Bundesregierung. Mehr als 60 Städte hätten sich um Förderungen unter anderem zur Digitalisierung des Verkehrs, der urbanen Logistik und der Radverkehrsförderung beworben. Unter dem Motto „Green City“ seien so viele kreative Masterpläne zur urbanen Mobilität gesammelt worden wie nie zuvor.

Megatrend Digitalisierung

Welche Folgen hat die Digitalisierung für die Kommunen? Diane Ahrens, Leiterin des Technologiecampus Grafenau der Technischen Hochschule Deggendorf, zeigte, wie durch Digitalisierung die Attraktivität ländlicher Räume gesteigert werden kann: unter anderem anhand der Beispiele Telemedizin, di-

Welt und rät Kommunalpolitikern, diese als unumkehrbar anzuerkennen und bei der Integration Führungsverantwortung zu übernehmen.

Sozialer Zusammenhalt

Wie gestalten wir Städte und Dörfer baulich, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken? Norbert Gebbeken von der Universität der Bundeswehr München und Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau widmete sich exemplarischen Leitfragen für die Gestaltung des Lebensraums Stadt: Fühle ich mich in den öffentlichen Räumen wohl? Nutze ich sie gerne? Und gilt das für alle?

„Die Dörfer in Bayern sind Kulturgut unseres Landes“, so Jörg Bierwagen vom Ingenieurbüro Christofori und Partner in Roßtal. Dies müsse auch gelebt werden, so etwa durch Schaffung von Treffpunkten, Versorgungsmöglichkeiten und wohnortnahen Arbeitsplätzen.



Beate Winterer
Gero Kellermann

Seit 2015 ist das Thema Integration auf kommunaler Ebene präsent wie nie. Hubertus Schröer vom „Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München“ betonte, dass Integration nur dort stattfinden könne, wo Menschen zusammenleben und arbeiten. Er betrachtet Migration als Konstante in einer globalisierten

Politische Bildung im Zeitalter der Digitalen Transformation

Die Akademie für Politische Bildung hat einen Runden Tisch initiiert, der Möglichkeiten einer zeitgemäßen Medienerziehung diskutierte. Entstanden ist daraus ein Memorandum, das bereits von acht Verbänden und Institutionen unterzeichnet wurde:



© FORUM BILDUNG DIGITALISIERUNG E.V. / KATJA ANOKHINA (CC BY 4.0)

DIE DIGITALE TRANSFORMATION ist in vollem Gange. Der damit verbundene Umbruch in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es ist ein offener Prozess, der aktiv politisch gestaltet werden kann und muss – mit Folgen für alle Schularten und alle -fächer.

Die Unterzeichnenden begrüßen die Absichtserklärung der Staatsregierung, in den bayerischen Schulen neben der Politischen Bildung auch die Digitale Bildung zum Schwerpunkt zu machen. Dabei geht es nicht darum, Fächer gegeneinander auszuspielen oder die Informatik zu schwächen. Ziel muss die Kooperation sein.

Digitale Bildung darf aber nicht allein in den Fächern Informatik und Mathematik behandelt werden und sich nur auf technische Aspekte beziehen. Vielmehr muss Digitale Bildung in der Kombination mit Politischer Bildung die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Aspekte der Digitalen Transformation einbeziehen. Dazu muss – ebenso wie bei Politischer Bildung – das fächerübergreifende Prinzip gelten. Das Ziel ist die Befähigung zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie den Folgen der Digitalen Transformation.

Einer so verstandenen digitalen Medienkompetenz kommt eine Schlüsselrolle als Teil von Demokratiekompetenz zu. Gefragt sind ein zeitgemäßes medienkundliches Wissen, die Befähigung zum Umgang mit digitalen Medien, Mediengestaltung und medienkritisches Denken. Für die Einordnung und kritische Bewertung von netzbasierten Informationen bedarf es zudem mehr denn je eines strukturierten politischen Grund-, Orientierungs- und auch Methodenwissens.

Die Kombination aus fächerübergreifender Politischer und Digitaler Bildung muss die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz, Algorithmen, „social bots“ und

Big Data für die Qualität politischer Kommunikation und ihre Bedeutung für die Meinungs- und Willensbildung im demokratischen Staat in den Blick nehmen. Sie stellt die unverzichtbare Reaktion auf Echokammern und Filterblasen dar, in denen Nutzer nur noch Inhalte wahrnehmen, die ihren Einstellungen entsprechen und die zur Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft beitragen. Sie sensibilisiert für die Folgen wirtschaftlicher Machtkonzentration bei wenigen Internetkonzernen und betont das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Die Schulen benötigen einen staatlich gewährleisteten Rechtsrahmen, in dem digitale Werkzeuge und Lernmittel erprobt werden können. Datenschutz, Persönlichkeits- und Urheberrechte müssen beachtet werden.

Digitale und Politische Bildung brauchen in der Lehreraus- und -fortbildung eine aufeinander bezogene Ausrichtung. Die diesbezüglichen Bemühungen der ALP Dillingen sind zu begrüßen. Dazu müssen flankierende, niedrigschwellige Fortbildungsangebote im Bereich digitaler Medienpädagogik kommen (z. B. SchlLF). Es muss sichergestellt werden, dass die Fortbildung auf diesem Gebiet nicht allein der Eigeninitiative der Lehrkräfte überlassen wird und entsprechende Maßnahmen nicht weitgehend in der Freizeit absolviert werden.

Digitale Bildung in den Schulen ist nicht auf die Bereitstellung einer technischen Infrastruktur incl. Hardware und Breitbandanschluss zu reduzieren. Im Mittelpunkt des Unterrichts steht weiterhin die kompetente Lehrerpersönlichkeit als Vorbild für die Schülerinnen und Schüler – gerade auch was die ethischen Maßstäbe bei der Nutzung digitaler Medien angeht.

Die Nachhaltigkeit aller technischen, finanziellen und pädagogischen Initiativen und Maßnahmen ist zu gewährleisten.



Die Erstunterzeichner des Memorandums (s. links)

Walter Baier

Landesvorsitzender der Direktorenvereinigung der bayerischen Gymnasien

Jürgen Böhm

Landesvorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands

Simone Fleischmann

Präsidentin des BLLV – Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.

Prof. Dr. Markus Gloe

Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), Professur für Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Hubwieser

Leiter der Professur für Didaktik der Informatik an der TU München

Pankraz Männlein

Vorsitzender des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Anton Salzbrunn

Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern

AKADEMIE INTERN

Nachmittag der offenen Türen mit Schäfflertanz

Zum dritten Mal nach 2012 und 2014 öffnete unsere Akademie für etwa 350 interessierte Gäste ihre Türen.

WAS MACHT die Akademie für Politische Bildung? Womit befassen sich die Menschen, die hier arbeiten? Warum leistet sich der Freistaat Bayern eine solche Akademie? Steht die Akademie für Politische Bildung nur einem ausgewählten Kreis von Gästen offen oder kann auch ich hier Veranstaltungen besuchen? Zu welchen Themen bietet die Akademie Tagungen an? Können die Tagungsgäste eigentlich auch in der Akademie übernachten?

Akademiedirektorin Ursula Münch und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantworteten alle Fragen rund um die Akademie. An verschiedenen Infostationen hatten die Gäste die Gelegenheit, alles zur Geschichte der Akademie und ihres Anwesens zu erfahren.

Wer mochte, konnte das Memory „GG20 – wer spielt denn da mit dem Grundgesetz?“ spielen. Zu gewinnen gab es Gutscheine für eine Tagungsteilnahme und Gläser mit Akademiehonig. Für die Kleinsten wurden unter fachkundiger Anleitung „Tutzingernachrichten“ produziert und aufgezeichnet. Mit



Einer der Höhepunkte des Nachmittags der offenen Türen: der traditionelle Tanz der Münchner Schäffler

© Haas (APB)

den Tagungsleiterinnen und Tagungsleitern konnte über deren Fachgebiete diskutiert werden. An anderen Ständen wurde das persönliche politische Hintergrundwissen getestet. Das Team der Hauswirtschaft sorgte für Speis und Trank.


MS

Aus dem Beirat

Markus Blume, MdL und CSU-Generalsekretär, ist als Nachfolger von Bundesverkehrsminister **Andreas Scheuer** neues Mitglied im Beirat der Akademie. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

40 Jahre Bundesrepublik – von Schülern gesehen

„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ war das Motto des Schülerwettbewerbs, zu dem die Akademie 1989 alle bayerischen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II eingeladen hatte.

MIT DIESER AKTION sollte „ein kleiner Beitrag zur politischen Bildung der Jugend geleistet werden“. Die Schüler sollten sich mit zeitgeschichtlichen oder aktuellen Themen auseinandersetzen, und sich Gedanken über den eigenen Staat machen. Die Themenwahl war frei. Der Kreativität und Phantasie wurden keine Grenzen gesetzt. Honoriert wurden Texte und Bilder.


Mit Unterstützung des Kultusministeriums war der Wettbewerb im Frühjahr 1988 an rund 500 Schulen ausgeschrieben worden. Parallel dazu sind Prospekte auch an einige Hundert Lehrkräfte, in erster Linie Sozialkundelehrer, sowie an Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen der Akademie aus den Jahren 1987 und 1988 versandt worden. Es lockten Geldpreise (1. Preis: 3 000 DM) und Sachpreise (CD-Player, Bücher u.v.m.). Für die Auswahl der Preisträger war eine siebenköpfige Jury aus Pädagogen der Fächer Sozialkunde, Geschichte, Deutsch und Kunstsziehung gebildet worden.

60 Einsendungen

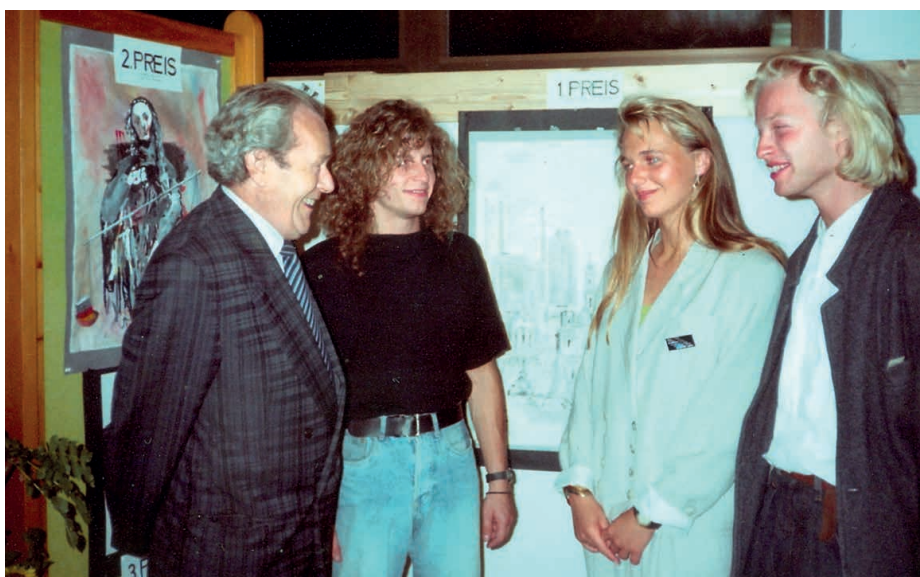
Die sieben Juroren hatten sich mit über 60 Einsendungen zu befassen. Deren Mehrzahl bestand aus bildnerischen Arbeiten, vor allem Zeichnungen, Karikaturen, Collagen sowie einzelne Plastiken. Auffallend ernsthaft und kritisch hatten sich die Schüler in ihren Beiträgen mit der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Zukunft auseinandergesetzt. Thematisiert wurden beispielsweise die Umweltverschmutzung, der Kontrast zwischen Wohlstand und Armut, das Spannungsverhältnis Staat versus Bürger, die (damals noch of-

fene) deutsche Frage sowie die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Insgesamt wurden zwölf Beiträge des Wettbewerbs prämiert.

Kein erster Preis für Texte

Im September 1989 fand in der Tutzingener Akademie ein Empfang zu Ehren der Preisträger statt. Im Foyer eröffnete der damalige Direktor Manfred Hättich vor über 100 Gästen eine Ausstellung mit den bildnerischen Wettbewerbsarbeiten. Dabei sind vor allem die Teilung Deutschlands sowie die Entwicklungen in Kultur, Sport und Gesellschaft herausgegriffen und in Collagenform aufgearbeitet worden. Neben plakativen Abbildungen stachen in der Sparte Bild besonders eine Holzplastik zum geteilten Deutschland sowie eine Weltkugel aus Tiffany-Glas mit dem Titel „Grundgesetzliches“ heraus. Mit ihrer gemeinsamen Tuschezeichnung „Wiederaufbau“ konnten drei Schüler einer Nürnberger Fachoberschule (Thorsten Baur, Sabine Dörfler, Uwe Gneißl) die Juroren überzeugen und sich den ersten Platz im Bereich „Bild“ sichern. In der Sparte „Text“ wurden der erste und der zweite Preis nicht vergeben. Den besten Textbeitrag lieferte die Planegger Gymnasiastin Claudia Hirt mit ihrem Bericht „Die Verurteilung der NS-Straftaten nach dem Ende des 2. Weltkrieges“. Der Lohn ihrer Mühen: Ein CD-Spieler und Bücher im Wert von 500 Mark. In seiner Preisrede lobte Akademiedirektor Hättich: „Sie haben uns das gegeben, was man Denkanstöße und Impulse nennt.“ Die Ausstellung war anschließend für einige Wochen in der Akademie zu sehen. 

Steffen H. Elsner



Der frühere Akademiedirektor Manfred Hättich (links) mit den Preisträgern der Sparte „Bild“
© Archiv (APB)



© ANDREAS HERMSDORF/PIXELIO.DE

taz, 28. Februar 2019

Der Stellenwert des Journalismus ist vielen Medienhäusern scheißegal

VOR EIN PAAR WOCHEN habe ich hier gemotzt, dass neue Sparrunden à la Funke, denen sich dann bald die Verlagsgruppe *Handelsblatt* anschloss, im Prinzip auf einen Abbau von Journalismus hinausliefen. Jetzt hat bei einem Seminar an der politischen Akademie Romanus Otte nochmal eins draufgesetzt. Tutzing, das ist einer dieser Orte in Bayern, wo man sich fragt, ob hier schon alle grün oder doch noch jemand CSU wählt und wo querdenken ausdrücklich erwünscht ist.

Und Otte war ja mal ein nicht ganz unentscheidender – obwohl, meine Mitbewohnerin sagt immer: Schreib, was du wirklich sagen willst! – also ein ziemlicher wichtiger Mensch bei der untergegangenen *Financial Times Deutschland*. Dann war er Onlinechef bei der *Welt* (als solcher hat er den Laden sehr brauchbar positioniert) und dann bei Springer strategisch als Chef der internationalen Vernetzungseinheit unterwegs.

Ende 2018 hört Otte bei Springer plötzlich auf und macht jetzt ein Sabbatical, was ihm denn auch Zeit gibt, in Tutzing zu sein und Dinge rauszuhauen wie „Zeitungen sind wunderbare Produkte, die kein Mensch braucht.“

Das sehen sie ja jetzt bei DuMont anscheinend genauso. Aber bevor jetzt alle gleich losheulen: Otte hat das liebevoll-konstruktiv gemeint. Ja, sagt Otte, niemand braucht heute eine Tageszeitung – News und Hintergründe gibt es aktueller im Netz. Und trotzdem hätten Zeitungen einen ganz hohen Stellenwert, über

den sie sich – bzw. ihre Verlage und Macherinnen, siehe DuMont – offenbar aber noch nicht so richtig klar wären. Für Otte sind Zeitungen nämlich so etwas wie eine Armbanduhr. Braucht heute auch kein Mensch mehr, schließlich hat jedeR einen verlässlich die Uhrzeit anzeigenden Kleincomputer mit Telefonanschluss in der Tasche. Und selbst jedes Nicht-Smartphone hat zumindest 'ne Uhr-Funktion. Trotzdem, so Otte, hätten Armbanduhren – und sogar besonders hochwertige, Konjunktur.

Das stimmt. Ob Zeitungen sich allerdings als Kultur- und, seien wir mal ehrlich – Prestige- und Statussymbol eignen, überzeugt allerdings nicht so ganz. Klar gab es mal Zeiten, wo man zumindest im Frankfurter Raum 'ne Duftmarke setzen konnte, je nachdem ob man mit der *FAZ* oder der *FR* unter dem Arm rumlief. Doch war das a) eher von der Marke abhängig und ist b) auch schon 'ne ganze Weile vorbei. Und dann kostet 'ne Zeitung pro Exemplar ja angenehmerweise immer noch etwas weniger als 'ne Patek Philippe.

Wo Otte aber richtig liegt, ist, dass viele Medienhäuser sich über den Stellenwert ihres Journalismus nicht ganz klar sind. Oder dass der ihnen – pardon – scheißegal ist, weil es ihnen nur noch darum geht, wenigstens für ein paar Jahre noch die Umsatzrenditen hoch zu halten.

Steffen Grimberg
(siehe Seite 13)

Main-Post, 19. November 2018

Zwischen Arbeitserleichterung und Ethik

ES IST KEIN GEHEIMNIS, dass die demografische Entwicklung mit immer mehr älteren Menschen zu einem erhöhten Bedarf an Pflegepersonal führt. Im Agenturbezirk Schweinfurt der Agentur für Arbeit waren zuletzt 29 607 Beschäftigte im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen gemeldet. Es ist ebenso kein Geheimnis, dass bereits Fachkräfte fehlen. In der Region sind es genau 792 offene gemeldete Arbeitsstellen. Im öffentlichen Diskurs heißt es oft, die Jobs seien unattraktiv im Hinblick auf die Bezahlung und die Belastung. Eine zunehmende Digitalisierung könnte zumindest die Belastung reduzieren, indem Prozesse vereinfacht würden...

...Es kristallisierten sich zwei Schwerpunkte heraus: Zum einen ging es immer wieder darum, dass eine fortschreitende Digitalisierung ganz neue Optionen eröffnet, Pflegebedürftige zu versorgen, gleichzeitig Arbeitsprozesse anders zu gestalten und so den Beruf attraktiver zu machen. Als Beispiel hierfür

stellte Anette Hagengruber vom Institut für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt Oberpfaffenhofen Pflegeroboter vor. Ursprünglich für das Weltall konstruiert, sollen sie nun die Pflege revolutionieren – wären sie mit etwa 60 000 Euro pro Stück aktuell nur nicht so teuer.

Auch Bernd Griewing, Vorstand der Rhön-Klinikum AG, berichtete in einem Referat, welche Technologien im neuen medizinischen Campus in Bad Neustadt womöglich eingesetzt werden sollen. Eine elektronische Dokumentation mittels geeigneter Software soll die Pflegeplanung und pflegerische Maßnahmen optimieren. Er zeigte die Möglichkeit der Telemedizin auf. Hierbei finden Pflegeleistungen, Diagnostik und Behandlung durch Informations- und Kommunikationstechnologien zur Überbrückung räumlicher Distanz statt. Gerade im ländlichen Raum sei das eine Option der Zukunft...

Diana Pfister

(Siehe Akademie-Report 1/2019, S. 12)

Südwest-Presse Ulm, 23. Januar 2019

Von Platon bis zum Algorithmus

Die Tagung des club off ulm in Tutzing bleibt nicht in der Geschichte stecken, sondern befasst sich mit der Zukunft.

NATÜRLICH fängt alles mit Platon an: „Otl Aicher hat ihn immer mal wieder zitiert“, sagt Martin Mäntele. Denn wenn sich im Schönen das Wahre zeige, „dann sind wir schon bei der guten Form!“ Dass Aicher gerne mal auf die antike Philosophie zurückgriff, um die Prinzipien seiner Ulmer Hochschule für Gestaltung zu untermauern, war dem HfG-Archivleiter zwar geläufig. Neu war ihm der Bezug von Nietzsche zum Bauhaus – dazu braucht man schon einen Philosophieprofessor wie Wilhelm Vossenkuhl...

...Schon bei Nietzsche also, lernte er, gibt es die Idee vom Künstler als Organisator. Was vor allem in der Gegenüberstellung mit Gerhard Curdes von der Hochschule Aachen spannend gewesen sei. Der nämlich habe die Geringschätzung der Intuition an der HfG kritisiert: „Er sprach von einer geistigen Verarmung in der Bau-Abteilung“, sagte Mäntele, „das fand ich interessant, weil ich immer dachte, da hätte mehr Austausch mit den Studenten stattgefunden.“ Theoretiker René Spitz habe die Digitalisierung thematisiert („der Algorithmus ist der neue Funktionalismus“) und

Gestalter Herbert Lindinger die HfG-Geschichte. Persönlich inspirierte Mäntele die Tagung vor allem da, wo sie im Sinne der Erfinder in die Zukunft ausgriff.

Professorin Ursula Tischner aus Köln habe in ihrem Vortrag über Eco-Design drei studentische Arbeiten vorgestellt: „Sie hat das Utopische der HfG und des Bauhauses an heutigen Projekten gezeigt.“ Etwa das Konzept einer Studentin zur Vermarktung von Insekten als Proteinlieferanten, angefangen von der Verpackung über Rezepte bis hin zum Besteck fürs Insektenzerlegen. Außerdem sei es um die Frage gegangen, was man ändern müsste, um weniger Müll zu erzeugen.

Gerade bei der Bearbeitung solcher „wicked problems“ (vertrackter Probleme) zeige sich: „Da spielt die HfG Ulm als Vorbild immer noch eine große Rolle“, sagt Mäntele. Und so habe die Tagung folgerichtig mit einem „Plädoyer für eine nachhaltige Zukunft“ geendet, das Tobias Orthen in Vertretung von Professor Franz Josef Radermacher hielt. Wie lässt sich eine CO₂-Reduzierung durchsetzen, ohne dass die Menschen sich bevormundet fühlen? Eine Diskussion, die nicht nur Gestalter noch lange beschäftigen wird.

Lena Grundhuber

(Siehe Akademie-Report 1/2019, S. 21f.)

Starnberger Merkur, 16. März 2019

Die Suche nach der Wahrheit

Wie man falsche Informationen im Internet erkennt und überprüft – das lernten die 70 Teilnehmer des „TechCamps“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Das Projekt unter der Schirmherrschaft des US-Außenministeriums fand erstmals in Deutschland statt...

KANN DAS STIMMEN? Täglich werden wir im Internet mit Informationen konfrontiert, ohne zu wissen, ob sie wahr sind. „Fake News erkennen und bekämpfen“ – das lernten die Teilnehmer eines dreitägigen Seminars an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Es war das erste seiner Art in Deutschland.

Fake News sind gefälschte Nachrichten. Oft werden sie absichtlich im Internet verbreitet, um andere Nutzer zu manipulieren. In einem sind sich Teilneh-

mer und Trainer einig: dass Fake News auf der ganzen Welt ein Problem sind. Und dass sich die Technik entwickelt und damit auch die Herausforderungen ändern. Ein Beispiel ist der Fake-Kriegsfotograf Eduardo Martins. Jahrelang veröffentlichte er Fotos, die angeblich aus Kriegsgebieten stammten. Die Bilder hatte er aber von anderen Fotografen gestohlen und bearbeitet. Wer hinter dem Namen Martins steckt, ist bis heute unbekannt. Manchmal passieren aber auch den Nachrichtenagenturen Fehler und sie veröffentlichen zu bestimmten Themen das falsche Foto.

Stephen Ibelli ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit im Amerikanischen Konsulat und hat das „TechCamp“ mitorganisiert. Er kommt aus New York und lebt seit eineinhalb Jahren in Deutschland. Er hat in den vergangenen Jahren einen Anstieg von falschen Fakten in Deutschland beobachtet. „Es ist ein so fortschrittliches Land, aber dann unterschätzen die Leute die Gefahr, die von Falschinformationen ausgeht“, sagt er. Der Diplomat findet es deshalb wichtig, dass auch in Deutschland über Fake News geredet wird. Das TechCamp ist aber nicht nur zum Reden da, sondern auch, um konkrete Dinge zu lernen. Zum Beispiel, welche Datenbanken und Internetseiten jeder nutzen kann, um Informationen zu überprüfen.

Isolde Ruhdorfer
(siehe Seite 11)

Philosophie

Sittlichkeit

Eine Kategorie moderner Staatlichkeit?



Michael Spieker,
Sebastian Schwenzfeuer,
Benno Zabel (Hrsg.)

Sittlichkeit
Eine Kategorie moderner
Staatlichkeit?

Tutzingen Studien zur
Politik, Band 14

Nomos, Baden-Baden 2019

ISBN 978-3-8487-3167-1,
253 Seiten, 54,00 Euro

DIE AUFSÄTZE des Bandes diskutieren die Relevanz des Hegelschen Sittlichkeitsbegriffs. Sie nehmen verschiedene Begriffe, Argumentationsmuster und Lösungsvorschläge von Hegels Rechtsphilosophie auf, testen deren Gegenwartstauglichkeit und zeichnen Rezeptionslinien nach.

Die Herausgeber:

Prof. Dr. Michael Spieker ist Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Stiftungshochschule München und war zuvor Dozent für Ethik und Theorie der Politik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

PD Dr. Sebastian Schwenzfeuer ist Privatdozent für Philosophie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau.

Prof. Dr. Benno Zabel ist Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



© ARCHIV (APB)

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

JUNI 2019

Juni	Holocaustüberlebende und Erinnerung	24-1
12. – 14.	In Kooperation mit der Katholischen Stiftungshochschule München	
Leitung:	Roberta Astolfi / Michael Spieker / Annette Eberle	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53
Juni	Tutzingener Nachwuchsakademie	*25-1
20. – 23.	Interdisziplinäre Akademie	
	In Zusammenarbeit mit dem Max Weber-Programm / Studienstiftung des deutschen Volkes	
Leitung:	Andreas Kalina / Jutta Weingarten	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
Juni	Forum Verfassungspolitik	26-2
28. – 29.	Die Zukunft des Sozialstaats	
Leitung:	Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53

JULI 2019

Juli	Tutzingener Schülerforum	27-5*
4.	Geschichte in Quellen	
Leitung:	Michael Mayer	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Veranstaltung in Germering	
Juli	Global und Hidden Champions	27-2
5. – 7.	Unternehmen verändern die Welt	
Leitung:	Saskia Hieber / Wolfgang Quaisser	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58

Juli	22. Passauer Tetralog	27-4
7.	Europa hat gewählt – welche Wahl hat Europa?	
	Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau	
	In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau	
Leitung:	Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Veranstaltung an der Universität Passau	
Juli	Internationale Akademie	28-2*
8. – 10.	Socioeconomic consequences of climate change	
	In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Osteuropa- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg	
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Richard Frensch / Vladimir Otrachshenko	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53
	Anmeldung über das IOS Regensburg	
Juli	Sprache und Politik	28-3
12. – 13.	Innovationen, Instrumentalisierungen und Polarisierungen im öffentlichen Diskurs	
	In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft e.V.	
Leitung:	Ursula Münch / Manuel Fröhlich / Jörg Siegmund	
Sekretariat:	Viktoria Aratsch	Tel. +49 8158 256-53
Juli	Tutzingener Nachwuchsakademie	30-1*
22. – 24.	Studientage der Politischen Bildung	
	Gefährdungen der Demokratie	
	Fächerübergreifende Fortbildung für Referendare am Gymnasium	
Leitung:	Michael Schröder / Elke Schramm / Stefan Exner	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17

Juli Denken am See 30-2*
24. – 26. Lebensbegleitendes Lernen
 In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk
 Leitung: Wolfgang Quaisser / Thomas Ressel / Gerhard L. Endres / Klaus Heimann
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

Juli **China und Nordkorea** 30-5
26. – 27. Asiens Autoritarismus auf dem Vormarsch?
 Leitung: Saskia Hieber
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

SEPTEMBER 2019

September **Filmgespräch am See** 36-1
 8. In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival Starnberg
 Leitung: Ursula Münch / Matthias Helwig
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

September ■ **Internationale Akademie** ■ 37-1
9. – 11. Migration and History Education
 In Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik
 Leitung: Michael Mayer / Susanne Popp
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

September **Ein Blick auf ausgewählte Themen der internationalen Politik und Sicherheitspolitik** 37-4*
11. – 13.
 In Kooperation mit dem Kommando Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung
 Leitung: Anja Opitz / Karlheinz Anton Romeis
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

September **Das „humanum“ im Zeitalter der Digitalisierung** 37-2
13. – 14.
 In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Initiative D21 e.V.
 Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

September ■ **Tutzing Journalistenakademie** ■ 37-3
15. – 17. 15. Tutzing Radiotage
Handwerk statt Buzzwords
 Leitung: Michael Schröder
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

September **Technik und Gesellschaft** 38-1
19. – 20.
 In Zusammenarbeit mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
 Leitung: Andreas Kalina / Marc-Denis Weitz
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

September **Ein Blick auf ausgewählte Themen der internationalen Politik und Sicherheitspolitik** 39-1*
23. – 25.
 In Kooperation mit dem Landeskommando Bayern
 Leitung: Anja Opitz / Uwe Löffler
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

September **1949 – 1989 – 2019** 39-3
27. – 29. Eine Standortbestimmung des vereinten Deutschlands
 In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Europäischen Akademie Bayern
 Leitung: Michael Schröder / Markus Gloe / Rupert Gröbl / Birgit Schmitz-Lenders
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

September **Akademiegespräch am See mit Bundespräsident a.D. Joachim Gauck** 39-4*
27.
30 Jahre Friedliche Revolution
Rückblick, Lehren und Perspektiven
 Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47
 Teilnahme nur mit persönlicher Einladung

September ■ **Internationale Akademie** ■ 40-1*
30. – 4. Borders in South-East Europe
58. Internationale Hochschulwoche
 Oktober
 In Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München
 Leitung: Wolfgang Quaisser / Christian Hagemann / Sophie Schabert
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch sprach aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums unseres Grundgesetzes bei der gemeinsamen Veranstaltung WERTSACHEN des Landtags Baden-Württemberg sowie der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Bad Urach über die sog. „Ewigkeitsklausel“ im Grundgesetz. Durch diese Vorkehrung wollte der Parlamentarische Rat eine „scheinbar legale Aushöhlung“ der Verfassung verhindern. Das gerade seit dem „Kreuzerlass“ durchaus getrübt Verhältnis von Kirche und Politik war Thema eines Abendvortrags beim Katholischen Akademikerkreis in Dillingen. In Wertingen hatte die Direktorin an einem Tag zunächst Gelegenheit, vor fast 400 Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Schularten und am Abend noch im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung die Ursachen und Folgen von Flucht und Migration aufzuzeigen. Die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen und durch Frauen standen im Mittelpunkt eines Vortrags vor den Landfrauen im Bayerischen Bauernverband und waren Gegenstand mehrerer Diskussionsrunden: der Premiere des „LandTalk“ im Bayerischen Landtag sowie einer Gesprächsrunde bei der Konferenz „fem.Mit: Mehr Frauen in Politik und Medien“ in Leipzig. Beim Rotaract Club München-Residenz, dem Rotary-Club für junge Erwachsene, sprach und diskutierte die Direktorin über „Die Herausforderung unserer Demokratie durch Populismus und Populisten“. Um die Konfliktbearbeitung in der Politik und die Frage, ob nicht eine Mediation eine Lösung für den vielschichtigen Brexit-Konflikt darstellen könnte, ging es in einem Vortrag bei einem Berliner Kongress über Konfliktmanagement in der Bau- und Immobilienwirtschaft der DGA Bau. Eine neue Erfahrung machte die Direktorin im Rahmen von „das salonfestival“: Sie lernte, dass es Privatleute gibt, die ihr Wohnhaus für politische Bildung öffnen und denen es Vergnügen bereitet, die Referentin mit zahlreichen diskutierfreudigen Gästen zu einem Vortrag über „Das Verschwinden der Volksparteien“ zusammen zu bringen. An der Universität Passau trug Ursula Münch im Rahmen des von der Forschungsstelle für IT-Recht und Netzpolitik veranstalteten 14. Internationalen „For..Net Symposiums“ unter dem Motto „Digitale Bildung. Digitale Haltung“ zum Thema „Digitale Bildung als Aufgabe politischer Gestaltung“ vor. Und an „ihrer“ Universität der Bundeswehr München moderierte sie eine Podiumsrunde beim RISK Jahreskolloquium „Verbaute Heimat? Wenn Verbrauch zum Risiko wird“. Ebenfalls an der Bundeswehruniversität lehrte sie im Wintersemester im neuen MBA-Studiengang „Public Management“ und hielt ein Bachelorseminar über das politische System der Bundesrepublik.

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach in München über den „Zwiespalt der Europäischen Union zwischen nationalem Eigeninteresse und gemeinsamer Zukunftsgestaltung“. In Dillingen referierte er über „Einbahnstraße Europaskeptizismus?“ und debattierte über die Relevanz von Politiksimulationen in der europapolitischen Bildung. Auf dem Schlossplatz in Stuttgart hielt Kalina die Keynote anlässlich der Zentralkundgebung von „Pulse of Europe“ und analysierte bei ARD-alpha das Einstimmigkeitsprinzip in der EU. Im Sommersemester 2019 hält er an der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Europäischer Parlamentarismus: 40 Jahre Direktwahl des Europäischen Parlaments“.

Dr. Gero Kellermann wirkte an einem Lehrfilm für die Schule zum Thema „Staatsymbole“ mit.

Dr. Michael Mayer sprach auf ARD-alpha zum Thema „70 Jahre Grundgesetz“. An der Katholischen Stiftungshochschule Benediktbeuern war er beim Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus als Holocaust-Experte eingeladen.

Dr. Anja Opitz hielt in Zusammenarbeit mit dem German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) und der Global Health Security Alliance (GloHSA) auf dem World Health Summit ein Panel zu „Unknown Disease X“ ab. Für den internationalen und den nationalen Generalstabslehrgang hielt sie ein Seminar und Vorträge zum Thema „Security Sector Reform in conflict affected states“. Auf der Internationalen Tagung für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften stellte sie ihren Aufsatz „Global Health Security und Militär“ vor. Im Rahmen des EU-Balkan-Programms hielt Opitz ein Training für EU-Security ab. Bei der Görres-Gesellschaft trug sie zum Thema „Dynamiken in der Welt(un)ordnung“ vor.